



Sonderausgabe

FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figu.org>
E-Brief: info@figu.org

8. Jahrgang
Nr. 29 Sept./2 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Sachweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgespräcsberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betrefts weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Achthundertzweiundzwanzigster Kontakt Donnerstag, 22. September 2022 8.02 Uhr

Billy Da bist du ja wieder – sei gegrüsst und willkommen, lieber Freund, Ptaah.

Ptaah Sei ebenfalls gegrüsst, Eduard, lieber Freund. Wie dir schon Bermunda erklärt hat, wirst du nicht mehr derart viele Gespräche abrufen und niederschreiben müssen wie bisher. Doch das, was wir heute bereden werden, wird zumindest teilweise ein Gesprächsbericht sein, den du dann veröffentlichen kannst. Um gleich das zu erwähnen, was wichtig sein wird, will ich schon zu Anfang das Wort ergreifen und zur Sprache bringen, was zu sagen ist hinsichtlich der Falschheit bezüglich dessen, was wirklich zwischen Amerika, der Ukraine und Russland vor sich geht und von den Staatsführungen und jenen der Bevölkerungsteile in ihrer Dummheit nicht wahrgenommen und also nicht realisiert wird, die Waffen in die Ukraine liefern oder dies auch nur befürworten. Diese Nichtdenkenden, also Dummen der westlichen Welt, sind unfähig hinsichtlich der Wahrheitserkennung dessen, dass in Wirklichkeit Amerika resp. dessen Staatsführung und Dunkelregierung die wahrlichen Urheber des Krieges in der Ukraine sind. Dass dabei der Grund und das Getue sowie die Waffenforderungen von Selensky und die verantwortungslos erfolgenden Lieferungen der Waffen dazu dienen, den Krieg so lange nicht zu beenden, bis die Kontrolle über Russland gewonnen wer-

den soll, dass wird infolge der Dummheit der fehlbaren Waffenlieferer und der Waffenlieferbefürworter nicht erkannt. Und dass dabei hinter dem Ganzen der Weltherrschaftswahn Amerikas lauert, das wird von all den Dummen in keiner Weise erkannt, denn in ihrem falschen Amerikavertrauen und in ihrer Amerika-freundschaftlichkeit, die ebenso falsch ist, erkennen sie nicht die Wahrheit des wahren Grundes des Krieges. Dieser ist natürlich verwerflich, wie jede andere Kriegshandlung auch verwerflich ist und niemals entschuldigt werden kann, denn durch einen solchen werden Menschenleben getötet und auch geschändet, wie auch menschliche Errungenschaften zerstört und die Natur und deren Fauna und Flora geschädigt und teils gar unwiderruflich vernichtet werden. Die grundsätzlich dafür verantwortliche Staatsführung Amerikas und deren Anhänger – wovon selbstverständlich jener Teil des rechtschaffenen und nicht gleichen Sinnes seienden Volkes ausgeschlossen ist –, die russlandfeindlich sind und deshalb diesen Staat zerstört sehen wollen, sind Menschen, die hauptsächlich einem irrealen religiösen Glauben verfallen sind und diesen vehement vertreten. Das ist einmal das, was wir mit Sicherheit aus sehr genauen Abklärungen wissen und was erkennen lässt, dass in Amerika allein schon durch die Vielseitigkeit der religiösen und politischen Glaubensrichtungen derartig differierende Meinungen selbst bei Gleichgesinnung vorherrschen, dass auch bei Gleichrichtungen von Ansichten derartige Diskrepanzen vorherrschen, dass unter Gleichgesinnten keine wirkliche Einigkeit gegeben sein kann.

Was nun weiter zu erwähnen ist, das bezieht sich darauf, was du mir erklärt hast und ich dies bestätigend auch in meines Vaters Annalen nachlesen konnte. Folglich bin ich auch schon über die Teilmobilmachung orientiert gewesen, ehe diese nun proklamiert wurde. Das ändert jedoch nichts am Geschehen, das sich zwangsläufig erfüllen wird, und in das wir wie bis anhin sowieso nur als Beobachtende involviert sein werden. Es ist mir und zudem unseren Völkern unverständlich – die wir ja hinsichtlich unserer Tätigkeit und der Vorkommnisse auf der Erde informieren –, dass Staatsführende und Teile deren Bevölkerungen so dumm sein können, dass sie weder sehen noch erkennen, was eigentlich offen und auch hintergründig gespielt wird. Auch ist uns Beobachtenden und Beurteilenden nach Ergründung von Selenskys Charakter, seiner Verhaltensweise und seiner Einstellung absolut unverständlich, dass er Personen um sich zu haben vermag, die sich eigentlich schleichend um ihn bewegen, wie sie sich auch um seine Gunst bemühen, die er ihnen nur scheinbar entgegenbringt. Sie alle spielen jedoch nicht nur mit ihrer Freiheit, denn jederzeit ist er fähig, sich ihrer dadurch zu entledigen, indem er sie einkerkern und dann elend verkommen lässt. Aber diese ihm ‹treu› Ergebenen bedeuten ihm nur soviel, dass sie sich auch ihres Lebens nicht sicher sein können, wenn er für es notwendig erachtet, sie aus der Welt schaffen zu müssen. Dass dieser dem Größenwahn verfallene und zudem herrische, wie auch sehr aussergewöhnlich selbstsüchtige, krankhaft ehrgeizige und nach Aufmerksamkeit gierende Mann Selensky seine eigene Gerechtigkeit geschaffen hat und auch vertritt, das wird weder von den Staatsmächtigen und von jedem Teil deren Bevölkerungen erkannt, die diesem gegen jede Kritik resistenten Mann zujubeln und seine geforderten Waffenlieferungen als rechtmässig verfechten, wodurch sie sich an einem Weltkrieg schuldig machen, wie es jemals zuvor auf der Erde niemals einen gegeben hat. Der Mann Selensky will ein Mensch des Lichtes sein, doch in Wahrheit umgibt ihn derart viel Schatten, dass er aus seiner Mimosität und aus seinem bösartigen Misstrauen nicht hinausfindet. Zu alldem ist er stur-autoritär und politisch und menschlich derart ungebildet, dass er nicht einmal eine Ahnung davon hat, wie eigentlich ein Volk geführt und ein Mensch fein, gerecht und redlich behandelt werden muss. Als Selbstherrlichem und Herrischem, was er wirklich ist, getrauen sich die Menschen nicht, ihm zu widersprechen, und zwar auch Politiker resp. fremde Staatsführende nicht. Dies hat die Auswirkung, dass er, bezogen auf den eigenen Staat, als Einzelperson die absolute Macht innehält, folglich er als Alleinherrscher bestimmt und der ihm hörige Sicherheitsrat ihm aus Angst freie Hand gibt, das zu tun, was ihm gefällt. Dass er absolut keine Widerrede dafür duldet, was er stur verficht, im Schilde führt und mit allen Mitteln durchzusetzen fähig ist, das erweist sich durch sein Fordern von Waffen usw., die ihm Hörige unbewusst liefern, wodurch Selensky als mächtiger Kriegshetzer den Krieg so lange weiterführen kann, wie es Amerika als dringend erforderlich erachtet. Aber diesbezüglich ist Selensky derart dumm, dass er nicht wahrnimmt und nicht erkennt, dass er eigentlich ein unwissender, dummer Lakai Amerikas und dessen Dunkelregierung ist, die ihn in dem Moment fallenlassen, wenn er seine Schuldigkeit getan hat, wie das in aller Welt bisher von Amerika getan wurde. Für Amerika waren Tyrannen und Diktatoren usw. immer ein Mittel zum Zweck resp. derart lange ‹gut› und ‹brav› sowie nützlich, bis das erfüllt war, was Amerika wollte, wonach die dafür benutzten Staatsmächtigen resp. Alleinherrscher, Tyrannen und Diktatoren usw. einfach abgesetzt oder ermordet wurden und so den Weg freimachten, dass Amerika wortsagend im betreffenden Staat Einzug halten konnte.

Billy Das haben wir schon oft zusammen besprochen in bezug darauf, dass Amerika auf diese fiese Art und Weise in fremde Staaten einschleicht, auch zusammen mit der NATO, die ja damals am 4. April 1949 gemäss dem Anstreben von Harry S Truman gegründet wurde.

Schweiz: Nach der Neutralität jetzt auch die Musterdemokratie abgeschafft – und das vor allem dem Geld zuliebe!

Ein aktueller Kommentar zur Schweizer Politik; Autor: Christian Müller, 16. September 2022

Am 20. Dezember 2019 bewilligten die beiden Schweizer Parlamente Ständerat und Nationalrat für die Beschaffung von 36 neuen Kampfjets einen Kredit in Höhe von 6 Milliarden Franken – und Folgekosten in Höhe von geschätzt weiteren 20 Milliarden. Resultat im Ständerat: 33 Ja, 10 Nein, 1 Enthaltung. Resultat Nationalrat: 123 Ja, 68 Nein, 5 Enthaltungen. Dagegen wurde das in der Schweizer Musterdemokratie mögliche Referendum erhoben. An der darauffolgenden Volksabstimmung am 27. September 2020 stimmten 51 Prozent der teilnehmenden Schweizer Stimmbürger für den Kauf.

Als am 30. Juni 2021 durch den formellen Beschluss des Bundesrates bekannt wurde, dass das zuständige Ministerium, das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS, keinen europäischen Kampfjet kaufen will, sondern den US-amerikanischen F-35, wurde gesetzeskonform eine Initiative gegen diesen Kauf gestartet – «Stop F-35» – und es wurden wieder Unterschriften dafür gesammelt. Hätte man, so die Begründung, damals bei der Abstimmung im Herbst 2020 gewusst, dass US-amerikanische Kampfjets gekauft werden sollen, die von den USA jederzeit per Knopfdruck gegruendet – ausser Betrieb gesetzt – werden können, dann wäre die damalige Abstimmung anders verlaufen. Und folgerichtig wurden erneut – diesmal die für eine Initiative notwendigen 100'000 Unterschriften – für eine neue Abstimmung zusammengebracht, die Initiative «Stop F-35», und am 16. August 2022, mehr als sechs Monate vor der gesetzlich begrenzten Frist am 1. März 2023, eingereicht. Die Begründung: Der US-amerikanische Kampfjet ist ein Kampfjet für Angriffskriege, er ist nicht geeignet für die Verteidigung eines Kleinstaates, und er macht die Schweiz total abhängig von den USA: «In Zukunft wird der US-Geheimdienst immer mit im F-35-Cockpit sitzen.»



*Für die kleine neutrale Schweiz ungeeignet: der Lockheed Martin F-35.
(Foto: Senior Airman Kristine Legate US Air Force)*

Jetzt aber, am 15. September 2022, hat der Nationalrat als zweite Kammer nach dem Ständerat der Regierung, dem Bundesrat, die Bewilligung erteilt, die 36 US-Kampfjets F-35 zu kaufen und den Kaufvertrag mit den USA zu unterschreiben. Begründung: Die Offerte der USA laufe im März 2023 ab. Werde diese Frist nicht eingehalten, drohe eine zeitliche Verspätung der Lieferung und ein höherer Preis. Damit haben beide Parlamentskammern die korrekt zustande gekommene Initiative gegen diesen Kauf definitiv ausgetrickst. Noch ist offen, ob die Abstimmung nun überhaupt stattfindet.

Am 28. Februar 2022 hat der Bundesrat mit der pauschalen (!) Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland – ohne Diskussion in den Parlamenten und ohne Volksabstimmung – bereits die schweizerische Neutralität abgeschafft. Jetzt haben die beiden Parlamentskammern auch noch die demokratischen Rechte der Bevölkerung ausser Kraft gesetzt.

Und wie haben die vier grossen privaten Medien-Konzerne der deutschsprachigen Schweiz, NZZ, Ringier, TX Group und CH Media, in ihren Zeitungen darauf reagiert? Ein Aufschrei? Massive Proteste und scharfe Kommentare gegen diese Auskraftsetzung der demokratischen Rechte der Bevölkerung? Nichts davon! Aber auch gar nichts. Nur gerade das abendliche «Echo der Zeit» wagte einen kritischen Kommentar. Politisch ein Skandal, historisch eine Tragödie.

Quelle: <https://globalbridge.ch/schweiz-nach-der-neutralitaet-jetzt-auch-die-musterdemokratie-abgeschafft/>

Sahra Wagenknecht zum Besten: «Wir haben die dümmste Regierung in Europa»

Sott.net, So, 18 Sep 2022 06:47 UTC

Sarah Wagenknecht hat bereits immer wieder mit ihren realen Kritiken und Sichtweisen in den letzten Jahren überzeugt. Sie ist leider eine der ganz wenigen deutschen Politikerinnen, die noch Rückgrat hat und eine reelle Sichtweise auf die Geschehnisse. Nach ihrer Rede am 8.9.22 im Bundestag wurden bedauerlicherweise auch erste Rücktrittsforderungen laut, weil sie angeblich nicht in einer Linie mit der Linken steht. Aber das geschieht immer, wenn jemand Dinge unangenehme Dinge anspricht – die Wahrheit.



Hier ist ihre etwas eingekürzte Rede:

Auch wenn es sich noch nicht bis ins Wirtschaftsministerium herumgesprochen hat: «In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schliessen», schreibt das «Handelsblatt». Denn, Herr Habeck, in der Wirtschaft ist das leider nicht so wie in der Politik. Ein Minister, der nichts mehr liefert, muss leider tatsächlich keine Insolvenz anmelden; Sie sind das beste Beispiel dafür. ... Aber ein Unternehmen, das wegen der hohen Preise nichts mehr verkaufen kann, verschwindet vom Markt, und das heisst eben schlicht im Klartext: Wenn wir die Energiepreisexplosion nicht stoppen, dann wird die deutsche Industrie mit ihrem starken Mittelstand bald nur noch eine Erinnerung an die guten, alten Zeiten sein.

Die hohen Energiepreise, viel höhere als in vielen anderen europäischen Ländern, sind doch nicht vom Himmel gefallen; die sind das Ergebnis von Politik. Sie sind zum einen das Ergebnis Ihrer völligen Rückgratlosigkeit gegenüber den Absahnern und Krisenprofiteuren. ... Die Mineralölkonzerne werden in diesem Jahr in Deutschland 38 Milliarden Euro mehr Gewinne machen als im Schnitt der letzten Jahre, die Stromerzeuger sogar 50 Milliarden Euro – Geld, das den Bürgerinnen und Bürgern jeden Tag aus der Tasche gezogen wird.

Andere Länder haben auf dieses Marktversagen längst mit Preisdeckeln oder wenigstens mit Übergewinnsteuern reagiert. Frankreich hat den Anstieg des Strompreises auf 4 Prozent begrenzt; da sind sie nicht erst nach Brüssel gefahren und haben lange Verhandlungen geführt. Ein Liter Sprit kostet in Frankreich rund 40 Cent weniger als bei uns. ... Und der Beitrag des hoch kompetenten deutschen Wirtschaftsministers zur Energiekrise? ... Er lässt sich von den Energielobbyisten ein Gesetz zu einer Gasumlage schreiben, ... das die Bürgerinnen und Bürger, die Familien und Unternehmen, die sowieso schon leiden, zusätzlich zur Kasse bitten wird. ...

Also, da muss man wirklich sagen: Auf so einen Einfall muss man erst mal kommen. ... Wir haben wirklich die dümmste Regierung in Europa, wenn man sich das anguckt. Aber nicht nur, dass Sie zu feige sind, sich mit den Krisengewinnlern anzulegen, ... das grösste Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen. ... Aber die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht – ja wie bescheuert ist das denn? ... Preiswerte Energie ist die wichtigste Existenzbedingung unserer Industrie. ... Und wo haben Sie denn Ersatz aufgetan, Herr Habeck? Bei amerikanischen Frackinggasanbietern, die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen!

Klar, so kann man die Gaspeicher auch füllen, aber den Ruin von Familien und Mittelständlern, die diese Mondpreise am Ende bezahlen müssen, den werden Sie damit nicht aufhalten.

Und es fängt doch schon an. Dass der Gasverbrauch der Industrie um fast ein Fünftel eingebrochen ist, liegt doch nicht an plötzlichen Effizienzgewinnen, sondern daran, dass die Produktion schon jetzt dramatisch zurückgeht. Bevorzugtes Ziel von Produktionsverlagerungen sind neuerdings übrigens wieder die USA, weil der Gaspreis in Deutschland inzwischen achtmal so hoch ist wie in Übersee. ... Make America great again? Eine teure Strategie für eine deutsche Regierung! ... Der Hauptgeschäftsführer des DIHK geht davon aus, dass Deutschland bei Fortsetzung der jetzigen Strategie in wenigen Jahren 20 bis 30 Prozent ärmer sein wird.

Ja, ob es uns gefällt oder nicht, wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, dann brauchen wir russische Rohstoffe und leider auf absehbare Zeit auch noch russische Energie. ... Deshalb: Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen! ... Wir sind nicht unabhängig. Sie machen sich und uns doch etwas vor.

Lieber Herr Habeck, es mag ja sein, dass auch Ihnen egal ist, was Ihre deutschen Wähler denken. Aber Sie haben nicht das Recht, Millionen Menschen, die Sie mehrheitlich nicht gewählt haben, ihren bescheidenen Wohlstand und ihre Zukunft zu zerstören. ... Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Habeck! Denn Ihre Laufzeitverlängerung führt mit Sicherheit zum Supergau der deutschen Wirtschaft.

Danke schön.

Man kann sich wirklich fragen, welche Politiker gewählt wurden, denn sie handeln nicht im Interesse für uns Bürger. Baerbock, Lauterbach und Habeck sind da nur einige Beispiele. Sie stellen eine Karikatur dar, wie sich Politiker wirklich verhalten sollten. Und werden Sie bei etwas erwischt – beim ohne Masken Tragen im Flugzeug, keine vier Impfungen zu haben, oder dass die Interessen der Wähler egal sind – werden die Gesetze einfach geändert, oder es werden flaue Ausreden erfunden, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Ungeachtet davon werden Ideen und Haltungen (z. B. Sanktionen und Hass gegenüber Putin) aus den USA per Copy-and-paste einfach übernommen und wie es Victoria Nuland damals im Jahr 2014 sagte: «F*ck the EU».

Um solche oder ähnliche Verhaltensweisen von Menschen an der Macht zu verstehen, ist Wissen über Psychopathie essenziell.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35640-Sahra-Wagenknecht-zum-Besten-Wir-haben-die-dummste-Regierung-in-Europa>

Russland-Sanktionen: Putin «Dummheit», Scholz «wirksam», Wagenknecht «bescheuert»

Von Bodo Hering – 9. September 2022

Die Sanktionen gegen Russland treiben die Menschen auf die Strasse. In Köln wie in Wismar. In Leipzig und Halle gibt es wieder traditionelle Montagsdemos.

Eine Demonstrantin sagte in der MDR-Sendung FAKT vom 6. September 2022: «Ich habe Angst, dass ich meine Jahre, die ich noch habe, in Armut verfalls. Das, was an Sanktionen gewollt war für Russland, schlägt gegen uns als Bevölkerung zurück. Wir kommen in die Not. **Putin lacht.**»

In **Halle** wird seit dem 1. August 2022 jeden Montag dasselbe Banner in der ersten Reihe hochgehalten: «Sanktionswahn stoppen!!! WIR FRIEREN NICHT FÜR EURE POLITIK!»



Wollen Sanktionen gegen Russland stoppen. Demonstranten am 22. August 2022 auf der Montagsdemo in Halle © Bewegung-Halle.de Initiative für Demokratische Selbstbestimmung Halle

Der Dessauer Kreishandwerksmeister Karl Krökel (73) sagte MDR SACHSEN-ANHALT, das Embargo gegen Russland sei zum Bumerang geworden. Es habe in Deutschland eine riesige Teuerungswelle bei Gas und Kraftstoffen, aber auch bei Baumaterialien erzeugt. Die Lage gerate zunehmend ausser Kontrolle.

Putins Antwort auf Sanktionen gegen Russland: Steigende Energie- und Rohstoffpreise

Für Krökel steht fest, dass die derzeitigen Russland-Sanktionen die Existenz vieler Handwerksbetriebe gefährden. Als Beispiel nannte Krökel das Bäcker-Handwerk. Sowohl die Energie, als auch die Rohstoff- und Verpackungspreise hätten sich enorm verteuert. Ein normales Brötchen müsse somit für 70 Cent verkauft werden. Das wolle niemand bezahlen. In anderen Gewerken sei es ähnlich. Es gebe keinerlei Preissicherheit mehr, so Krökel.

Kreishandwerksmeister Krökel organisiert deshalb Kundgebungen gegen die Sanktionspolitik der Bundesregierung. 2000 Menschen sind zuletzt auf dem Dessauer Marktplatz zusammengekommen. Krökels Forderung: Nordstream 2 müsse sofort geöffnet werden, so werde Energie leicht wieder bezahlbar, eine Petition laufe bereits: «Um erstmal sofort ein Zeichen zu setzen.»

Dass auch die AfD die Öffnung von Nordstream 2 fordere, damit habe man nichts zu tun, mit dieser Partei lasse man sich nicht vergleichen. «Wir sind als Kreishandwerkerschaft im Grunde genommen parteipolitisch neutral.»

Im Deutschlandfunk sagte Krökel am 7. September 2022: «Wir haben die Befürchtung, wenn das Geld immer knapper wird, dass dann die Kunden sich nur noch das Nötigste kaufen, Maler und Bäcker hinten runterfallen. Zum Beispiel macht jetzt die Bäckerei Schieke zum 30. September 2022 zu. Der Mann ist 45 Jahre alt, ein Betrieb in dritter Generation, den es seit 75 Jahren gibt – und das ist erst der Anfang.»

Ausweg Nordstream 2? Putin: «Wir müssen nur den Knopf drücken»

Wladimir Putin (69) am 7. September 2022 auf dem 7. Ostwirtschaftsforum in Wladiwostok © Kremlin.ru

Wladimir Putin (69) sagte am 7. September 2022 auf dem 7. Ostwirtschaftsforum in Wladiwostok: «Es gibt nur einen Ausweg. Zurzeit finden in Deutschland Demonstrationen statt, bei denen die Freischaltung von Nord Stream 2 gefordert wird. Wir teilen diese Forderungen der deutschen Verbraucher, wir sind bereit, dies morgen zu tun, wir müssen nur den Knopf drücken, aber wir haben keine Sanktionen gegen Nord Stream 2 verhängt.»



Forderte die Rücknahme von Sanktionen gegen Russland: Dr. Sahra Wagenknecht (53, Die Linke) am 8. September 2022 im Bundestag © Deutscher Bundestag Parlamentsfernsehen

Die Linken-Bundestagsabgeordnete Dr. Sahra Wagenknecht (53) hat am 8. September 2022 im Bundestag die Rücknahme von «Wirtschaftssanktionen» gegen Russland gefordert und damit Teile ihrer Partei gegen sich aufgebracht. Wagenknecht forderte zudem Verhandlungen mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen.

Mit Blick auf die Regierung sagte sie: «Das grösste Problem ist Ihre grandiose Idee, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen unseren wichtigsten Energielieferanten vom Zaun zu brechen. Ja, natürlich ist der Krieg in der Ukraine ein Verbrechen. (Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP: Buh!) Aber die Vorstellung, dass wir Putin dadurch bestrafen, dass wir Millionen Familien in Deutschland in die Armut stürzen und dass wir unsere Industrie zerstören, während Gazprom Rekordgewinne macht – ja, wie bescheuert ist das denn? (Beifall bei der LINKEN und der AfD) Preiswerte Energie ist die wichtigste Existenzbedingung unserer Industrie.

(Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)»

Dr. Wagenknecht weiter: «Und wo haben Sie denn Ersatz aufgetan, Herr Habeck? Bei amerikanischen Frackinggasanbietern, die aktuell 200 Millionen Euro Gewinn mit jedem einzelnen Tanker machen! Klar, so kann man die Gasspeicher auch füllen, aber den Ruin von Familien und Mittelständlern, die diese Mondpreise am Ende bezahlen müssen, den werden Sie damit nicht aufhalten. Und es fängt doch schon an. Dass der Gasverbrauch der Industrie um fast ein Fünftel eingebrochen ist, liegt doch nicht an plötzlichen Effizienzgewinnen, sondern daran, dass die Produktion schon jetzt dramatisch zurückgeht. Bevorzugtes Ziel von Produktionsverlagerungen sind neuerdings übrigens wieder die USA, weil der Gaspreis in Deutschland inzwischen achtmal so hoch ist wie in Übersee. (Dr. Alice Weidel [AfD]: Ja, achtmal so hoch!) Make America great again? Eine teure Strategie für eine deutsche Regierung! (Beifall bei der LINKEN und der AfD – Dr. Alice Weidel [AfD]: Sie haben recht! – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Putin freut sich über Ihre Rede, Frau Wagenknecht!)»

Dr. Wagenknecht fährt fort: «Der Hauptgeschäftsführer des DIHK geht davon aus, dass Deutschland bei Fortsetzung der jetzigen Strategie in wenigen Jahren 20 bis 30 Prozent ärmer sein wird. Ja, ob es uns gefällt oder nicht: Wenn wir ein Industrieland bleiben wollen, dann brauchen wir russische Rohstoffe und leider auf absehbare Zeit auch noch russische Energie. (Beifall des Abgeordneten Martin Reichardt [AfD]) Deshalb: Schluss mit den fatalen Wirtschaftssanktionen! Verhandeln wir mit Russland über eine Wiederaufnahme der Gaslieferungen.»

Zudem forderte sie Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (53, Bündnis 90/Die Grünen) auf: «Wir sind nicht unabhängig. Sie machen sich und uns doch etwas vor. Lieber Herr Habeck, es mag ja sein, dass auch Ihnen egal ist, was Ihre deutschen Wähler denken. Aber Sie haben nicht das Recht, Millionen Menschen, die Sie mehrheitlich nicht gewählt haben, ihren bescheidenen Wohlstand und ihre Zukunft zu zerstören. (Beifall bei der LINKEN und der AfD) Deshalb: Treten Sie zurück, Herr Habeck! Denn Ihre Laufzeitverlängerung führt mit Sicherheit zum Super-GAU der deutschen Wirtschaft. Danke schön. (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD – Katharina Dröge [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit besten Grüßen aus Moskau, Ihre Rede! – Katrin Göring-Eckardt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Putins langer Arm!)»



Annalena Baerbock (41, Bündnis 90 / Die Grünen) auf einer Podiumsdiskussion am 31. August 2022 nach dem EU-Aussenminister-Treffen in Prag © Forum 2000

Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock (41, Bündnis 90/Die Grünen) hatte am 31. August 2022 nach dem informellen Treffen der EU-Aussenminister in Prag auf einer Podiumsdiskussion erklärt, warum die Bundesregierung die Sanktionen gegen Russland aufrechterhält. In diesem Zusammenhang sagte sie: «Wenn ich Menschen in der Ukraine das Versprechen gebe: «Wir stehen mit euch zusammen, so lange, wie ihr uns braucht, dann will ich das auch einhalten – egal, was meine deutschen Wähler denken, ich will gegenüber den Ukrainern Wort halten.»

(Im Original: «If I give the promise to people in Ukraine: «We stand with you as long as you need us», then I want to deliver – no matter what my German voters think, but I want to deliver to the people of Ukraine.»)



PCK Raffinerie Schwedt in der brandenburgischen Uckermark bei Nacht © PCK Raffinerie GmbH

Und die Russland-Sanktionen gehen weiter

Nach sieben Sanktionspaketen arbeitet die EU gerade an einem Preisdeckel auf russisches Gas. Und am 1. Januar 2023 greift die nächste Russland-Sanktion wegen des Ukraine-Überfalls. Ein Ölembargo gegen russisches Öl. Die Raffinerie PCK Schwedt, die praktisch Berlin und die neuen Bundesländer mit Sprit versorgt, bekommt dann keinen Tropfen Öl mehr aus der Ölpipeline Druschba (Freundschaft). Auf der Unternehmensseite heisst es: «90 Prozent der Versorgung mit Benzin, Kerosin, Diesel und Heizöl in Berlin & Brandenburg wird von PCK sichergestellt. Wir bewegen Berlin und Brandenburg!» Bundeskanzler Olaf Scholz (64, SPD) hat die neue Russland-Sanktion im Mai 2022 angekündigt. Doch treffen die Russland-Sanktionen tatsächlich den Aggressor Wladimir Putin?

Putin selbst sagt nein

Auf dem 7. Ostwirtschaftsforum am 7. September 2022 in Wladiwostok sagte er: «Ich möchte anmerken, dass diejenigen, die uns etwas aufzwingen wollen, heute nicht in der Lage sind, uns ihren Willen zu diktieren. Sie sollen zur Vernunft kommen. Dies ist überall in der Wirtschaft der Fall, auch in der Binnenwirtschaft.» Putin sagte über die wirtschaftliche Lage Russlands: «Die Inflation ist rückläufig. Über das Jahr gesehen werden es etwa 12 Prozent sein, mit einem Abwärtstrend in Richtung fünf bis sechs Prozent, oder vielleicht das Ziel von 4 Prozent am Ende des ersten Quartals, das wir hoffentlich im zweiten Quartal sehen werden. Die Arbeitslosigkeit, der wichtigste Indikator für den Zustand der Wirtschaft, ist mit 3,9% auf einem Tiefstand. Sie ist in allen entwickelten Volkswirtschaften viel höher.

Unsere Staatsfinanzen haben sich stabilisiert. Ich möchte darauf hinweisen, dass der diesjährige Haushalt einen Überschuss von fast 0,5 Billionen Rubel, also etwa 485 Milliarden Rubel (7,9 Milliarden Euro – Anmerkung der Redaktion), aufweisen wird.»

Der Journalist und Forumsmoderator Ilya Doronov vom Moskauer Wirtschaftsnachrichtensender RBC TV fragte Putin: «Wird die Begrenzung der Gaspreise starke Auswirkungen auf uns haben?»

PUTIN ANTWORTETE: «SIE VERSTEHEN, DASS DIES NUR EINE WEITERE DUMMHEIT IST, EINE WEITERE NICHT-MARKTWIRTSCHAFTLICHE LÖSUNG, DIE KEINE ZUKUNFT HAT.»

Putin weiter: «Wird es politische Entscheidungen geben, die den Verträgen widersprechen? Wir werden sie einfach nicht erfüllen und überhaupt nichts liefern, wenn es unseren Interessen, in diesem Fall den wirtschaftlichen, widerspricht. Wir werden kein Gas, Öl, Kohle, Heizöl oder sonstiges liefern.»

Scholz dagegen sagt ja, die Russland-Sanktionen wirken

Bundeskanzler Olaf Scholz (64, SPD, rechts im Foto) im Interview mit der Magdeburger Volksstimme
©Bundesregierung/Kugler

Am 30. August 2022 sagte Bundeskanzler Scholz der Magdeburger Volksstimme: «Die westlichen Sanktionen sind wirksam und richtig. Sie sind ein wichtiges Mittel, um den Druck auf Russland zu erhöhen, diesen Krieg endlich zu beenden. Denn die Kosten für Moskau sind erheblich. Das Land ist abhängig vom technologischen Fortschritt der Welt. Je länger das anhält, desto grösser wird der Schaden für Russland sein. Ein Ausscheren Deutschlands kommt für mich nicht infrage. Die starke und einheitliche Antwort Europas auf diesen Krieg hat Putin überrascht. Damit hatte er nicht gerechnet.»

JP Morgan gibt allerdings eher Putin Recht und nur ein bisschen Scholz

Anatoliy Shal, Wirtschaftsexperte bei der New Yorker Grossbank JP Morgan, kommentierte die Aussichten der russischen Wirtschaft am 12. August 2022 im spanischen Magazin FOCUS-ECONOMICS aus Barcelona so: «Wir erwarten eine relativ schnelle wirtschaftliche Stabilisierung dank der erheblichen politischen Unterstützung des Wachstums und der Anpassung der Wirtschaft an die neuen Bedingungen und sehen das sequentielle Wachstum bis zum vierten Quartal 2022 nahe bei null; wir halten an unserer Wachstumsprognose von -3,5% für dieses Jahr und -1% für das nächste Jahr fest. Im Gegensatz zu früheren Episoden erwarten wir jedoch keinen starken Aufschwung, das heisst, die Erholung wird wahrscheinlich L-förmig und nicht V-förmig sein. Und auf lange Sicht werden die Sanktionen das Potenzialwachstum Russlands erheblich bremsen.»

Minus 3,5 Prozent Wirtschaftswachstum, das ist weniger als bei der Coronapandemie. JP Morgan hat damit eingeräumt, dass die russische Wirtschaft robuster sei, als gedacht. Ausserdem sucht Putin neue Handelspartner, verkauft verstärkt Öl nach China und Indien.



Professor Dr. Sebastian Dullien,
wissenschaftlicher Direktor am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf © Pressefoto IMK

**Und noch etwas kommt dem Land zugute. Professor Dr. Sebastian Dullien,
wissenschaftlicher Direktor am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf sagte FAKT:**

«Russland hat seit den Sanktionen 2014, also der Krim-Invasion, den Agrarsektor sehr stark ausgebaut. Das heisst, viele der alltäglichen Dinge, die man im alltäglichen Leben braucht, sind weiter da und sind gar nicht so viel teurer geworden. Das zeigt so ein bisschen, dass es möglicherweise (in Deutschland – Anmerkung der Redaktion) schlimmer ist, dass sich der Gaspreis vervierfacht und man sich im Winter das Heizen

kaum noch leisten kann, als wenn man (in Russland – Anmerkung der Redaktion) kein I-Phone mehr bekommt.» Also dort keine I-Phones mehr, aber wir frieren möglicherweise in Deutschland.

Im Gegensatz zu Europa hat Putin in Sachen Energie eine klare Strategie und verdient damit eine Menge Geld.

Unabhängige Forscher vom gemeinnützigen Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) aus Helsinki veröffentlichten am 6. September 2022 folgende Zahlen:

«Fossile Brennstoffe füllen dank hoher Preise weiterhin die Kriegskasse des Kremls.

- Russland hat in den ersten sechs Monaten des Krieges (24. Februar bis 24. August) 158 Mrd. EUR an Einnahmen aus der Ausfuhr fossiler Brennstoffe erzielt. Die EU importierte davon 54% im Wert von etwa 85 Mrd. EUR.
- Die Exporte fossiler Brennstoffe haben seit Beginn der Invasion rund 43 Mrd. EUR zum russischen Staatshaushalt beigetragen und die Kriegsverbrechen in der Ukraine mitfinanziert.
- Der grösste Importeur fossiler Brennstoffe war die EU (85,1 Mrd. EUR), gefolgt von China (34,9 Mrd. EUR), der Türkei (10,7 Mrd. EUR), Indien (6,6 Mrd. EUR), Japan (2,5 Mrd. EUR), Ägypten (2,3 Mrd. EUR) und Südkorea (2 Mrd. EUR).
- Die steigenden Preise für fossile Brennstoffe bedeuten, dass Russlands derzeitige Einnahmen weit über dem Niveau der Vorjahre liegen, obwohl das diesjährige Exportvolumen zurückgegangen ist.»

Der Wirtschaftsjournalist Maxim Kireev aus Sankt Petersburg berichtet FAKT über den Alltag: «Die wirtschaftliche Lage ist, wenn man das so im Grossem und Ganzen beantwortet, noch relativ stabil. Die Preise sind natürlich sehr stark gestiegen. Für den gleichen Einkauf, den man im Februar 2022 gemacht hat und den man jetzt macht, da ist man für so alltägliche Konsumgeschichten bei locker plus 30 Prozent.»

Dafür seien aber die Energiekosten nicht so explodiert wie in Deutschland. Kireev: «An der Tanksäule bezahlt man genau das Gleiche wie damals. Die Mieten sind nicht hochgegangen. Die ganzen Tarife, die der Staat festlegt, sind nicht hochgegangen. Der Staat bemüht sich schon, da ein bisschen gegenzusteuern.» Allerdings sehe er auch mehr leere Geschäfte, meint Kireev. Und dass es keine amerikanischen Blockbuster mehr gibt.

Unmöglich, Russland zu isolieren

Die russische Wirtschaft trotzte den Sanktionen. Es sei «unmöglich», so Putin am 7. September 2022 in Wladiwostok, sein Land international zu isolieren. «Egal, wie sehr manche Russland isolieren wollen, es ist unmöglich, dies zu tun.»

Die weltweite Nachfrage nach russischen Energielieferungen sei hoch. Russland werde keine Probleme haben, weltweit Abnehmer zu finden. So seien bereits sämtliche Eckpfeiler zum Verkauf von Gas an China über die Mongolei vereinbart worden.

Handwerker aus Sachsen-Anhalt: Offener Brief an Bundesregierung

Am 14. Juni 2022 haben hochrangige sachsen-anhaltinische Handwerker, darunter der Kreishandwerksmeister Karl Krökel sowie mehrerer Obermeister der Kfz-, Sanitär-, Maler- und Friseurinnung aus Dessau-Roßlau, in einem offenen Brief an die Bundesregierung ein Ende der Sanktionen gegen Russland und ein Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine gefordert. Die Handwerker finden: Die Wirtschaftssanktionen beeinflussten die Kriegsführung nicht. Russland profitiere trotzdem vom Verkauf seiner fossilen Energieträger.

Auch Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (68, CDU) hatte sich Mitte Juli 2022 zum Thema Russland-Sanktionen geäussert. Er sagte, die Massnahmen dürften in Deutschland keinen grösseren Schaden verursachen als in Russland. Es müsse legitim sein, darüber nachzudenken, welche Massnahme was bewirkt habe.

Sanktionen also weg? Das könnte die EU zum Platzen bringen

Polen zum Beispiel fordert härtere Sanktionen. Und würde so etwas nicht mittragen. Und fix wie nix hätten wir eine EU-Krise, die Deutschland härter treffen würde als Putins Gasmanöver, durch weniger Gaslieferungen den Gaspreis zu erhöhen und das Leben in Deutschland zu verteuern.

Polen ist für Deutschland der wesentlich wichtigere Markt. Gerade auch für Betriebe in Ostdeutschland. Wert der deutschen Exporte 2021 nach Polen: 78,29 Milliarden Euro, nach Russland lediglich 26,64 Milliarden Euro. Eine verdammt Zwickmühle also.

**Innerdeutscher Eklat auch um Deutschlands
freiwillige Abschaltung der Druschba-Öl-Pipeline nach Schwedt**

Während die EU ein Ölembargo nur auf russisches Tanklaster-Öl verhängen wird (auf Druck Ungarns), verzichten Deutschland und Polen freiwillig auf russisches Pipeline-Öl. Deutschland schaltet die Öltrasse Druschba (Freundschaft) freiwillig ab, die die Raffinerien Leuna und Schwedt versorgt. Während für Leuna Alternativen gefunden wurden, wird für Schwedt noch eine Lösung gesucht. Die Anlage versorgt weite Teile Ostdeutschlands einschließlich Berlin mit Treibstoff.

Die für Schwedt zuständige Uckermark-Landrätin Karina Dörk (CDU) mahnte im rbb-Inforadio eine fehlende Lösung für die Raffinerie Schwedt nach dem Abschalten der Druschba-Leitung: «Jetzt zu sagen, wir steigen aus ohne Alternative, ist für mich im Prinzip nicht akzeptabel.»

So wird das Werk betrieben vom russischen Staatskonzern Rosneft, der nach Angaben von Wirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) kaum Interesse an einer Abkehr von russischem Öl hat. Die Versorgung mit Tanker-Öl über Rostock kann wegen begrenzter Kapazität der Zuleitung nach offiziellen Angaben kurzfristig nur 60 Prozent des Bedarfs im Petrochemischen Kombinat PCK Schwedt decken. Mit Polen gab es Gespräche über eine zusätzliche Versorgung über Danzig – bisher ohne greifbares Ergebnis. Eine Umstellung der Anlage auf Grünen Wasserstoff benötigte Zeit bis 2026, sagte Dörk.

In einem Brandbrief an Wirtschaftsminister Habeck vom 7. September 2022 drohen Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach und Finanzministerin Katrin Lange (beide SPD) mit dem Ausstieg aus der Task Force «Schwedt» von Bund und Land, die den Weiterbetrieb der Erdöl-Raffinerie in der brandenburgischen Stadt Schwedt sichern soll: «Die Zeit drängt. Ohne konkrete Zusagen in der Sache, einen verbindlichen Fahrplan und eine bessere Transparenz wird für uns eine weitere Mitwirkung in der Task Force Schwedt und in den Arbeitsgruppen nicht mehr zielführend sein», heisst es darin.

Die Raffinerie solle weiterhin ausreichend Öl für eine «vollständige Auslastung» erhalten. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwandlung der Wirtschaftsregion müsse garantiert werden. Es dürfe durch das Embargo zu keiner «stärkeren finanziellen Belastung» der Bürger:innen kommen.

Wörtlich heisst es: «Bislang sind leider kaum konkrete Fortschritte und Verabredungen in den eingesetzten Arbeitsgruppen Ihres Hauses unterhalb der Bund-Länder-Task-Force «Schwedt» erreicht worden.»

Dr. Habeck zeigt sich verwundert



Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (53, Bündnis 90/Die Grüne)
© BMWK/Dominik Butzmann

Bundeswirtschaftsminister Dr. Robert Habeck (53, Bündnis 90/Die Grüne) wies den Vorwurf des Stillstands bei der Suche nach Lösungen für den Standort zurück, beschrieb die Lage in Schwedt jedoch als «unbestritten schwierig».

Habeck sagte, er habe das Schreiben «mit Verwunderung» zur Kenntnis genommen, denn es liege ein umfängliches Transformationsprogramm vor. Damit wolle man den Standort und die Beschäftigung sichern. Dabei sei das Brandenburger Wirtschaftsministerium eng eingebunden und man warte noch auf eine Rückmeldung aus Brandenburg. «Der Ball liegt also in Ihrem Feld», schrieb Habeck.

Scholz zeigt sich optimistisch für den Winter

«Und weil wir so früh angefangen haben, als in Deutschland noch gar kein so grosses Problembewusstsein da war, sind wir jetzt in der Lage, dass wir tapfer und mutig in diesen Winter hineingehen können und dass unser Land das überstehen wird», sagte der Bundeskanzler am 7. September 2022 bei der Generaldebatte über den Bundeshaushalt.

Scholz weiter: «Wir haben zwei erste Pakete von knapp 30 Milliarden Euro bereits beschlossen, jetzt kommt noch eins dazu, dass knapp 65 Milliarden Euro umfasst – alles zusammen eine ziemlich grosse Summe. Es dient dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger durch diese Zeit kommen, dass die Unternehmen durch

diese Zeit kommen und dass die Arbeitsplätze gesichert werden. «You'll never walk alone», (Tino Chrupalla [AfD]: Jawohl!) das ist das Motto dieser Regierung. (Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU)»

Scholz weiter: «Ich bin sicher: Unser Land wird über sich hinauswachsen. Wir werden zusammenhalten. Wir werden die Herausforderungen bestehen, (Hermann Gröhe [CDU/CSU]: Trotz dieser Regierung!) vor denen wir jetzt stehen. Und wir werden die Probleme lösen, die wir miteinander haben, weil wir niemanden alleinlassen mit seinen Herausforderungen. Dazu dienen auch all die Entscheidungen, die wir jetzt getroffen haben, zum Beispiel die Entscheidung, zu sagen, dass, nachdem in diesem Monat die Energiepreispauschale an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt wird, diese auch an Rentnerinnen und Rentner und Studenten gezahlt werden soll. (Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Da haben wir euch zum Jagen tragen müssen!)» (Bodo Hering)

Quelle: <https://www.berlinjournal.biz/russland-sanktionen-putin-dummheit-scholz-wirksam-wagenknecht-bescheuert/>

Kommentare zu Pressemeldungen vom 21. September 2022



Update / Rede vor Vereinten Nationen Scholz wirft Putin „blanken Imperialismus“ vor

Die erste Rede des Bundeskanzlers vor der UN-Vollversammlung hat vor allem einen Adressaten: Russlands Präsidenten Putin. Scholz fordert die Ahndung von Kriegsverbrechen.

Kommentar:

Onkel Scholz, warum hast du nicht den USA ihren unverhohlenen Imperialismus vorgeworfen, der erst zum Krieg in der Ukraine geführt hat? Aber das zu fragen, ist sowieso zwecklos, denn du bist genauso blind für die Wirklichkeit wie deine gesamte Regierung. Zudem gehorchst du einfach nur deinem Chef aus dem fernen Westen, egal ob du damit auch Deutschland immer tiefer in einen Krieg hineinziehest und angreifbar machst.

Union fordert in Antrag schwere Waffen für Ukraine

Veröffentlicht: Mittwoch, 21.09.2022 03:31

Deutschland müsse «Führungsverantwortung übernehmen» und schwere Waffen liefern, fordert die Oppositionsfaktion in dem Antrag. Der Chef der Münchener Sicherheitskonferenz schlägt in eine ähnliche Kerbe.



Kommentar:

Ja, das ist das wahre Gesicht der Christlichkeit. Nicht Nächstenliebe, sondern Kriegsbefürwortung, Waffenlieferungen, Befürwortung von Mord und Totschlag. Sicherheit durch Krieg – die reine Perversion von Wahnsinnern.

A.W., Deutschland

Kiew mordet weiter nach dem Modell Butscha

Von Peter Haisenko, SEPTEMBER 16, 2022

Man muss nicht spekulieren, Kiew hat es in ein Gesetz gegossen: Wer auch nur Nahrungsmittelhilfe von Russland angenommen hat, dem drohen zehn Jahre Gefängnis. Wie in Butscha ziehen jetzt Kiews Mordbanden durch die Gebiete, aus denen sich Russland zurückgezogen hat.

Kiew hat seinen Hass auf alles Russische zur Staatsräson gemacht. Die Benutzung der russischen Sprache steht unter Strafe. Lehrer, die in russischer Sprache unterrichten, werden verhaftet oder sie werden gleich erschossen, wie man jetzt in den von Kiew neuerlich besetzten Gebieten beobachten muss. Da muss man sich fragen, wie das mit westlichen Werten vereinbar ist. Allerdings fährt Kiew wieder dasselbe Muster, wie man es bereits in Butscha erleben musste. Auch wenn schon tagelang keine russischen Soldaten vor Ort sind, wird behauptet, die frischen Morde gingen auf Russlands Konto. Wie üblich übernehmen die Westmedien Kiews Version, obwohl Kiew selbst stolz verkündet, dass «Säuberungsaktionen» durchgeführt werden.

Seit acht Jahren haben Kiews Mordbanden in der Ostukraine, den jetzigen Volksrepubliken, mehr als 14'000 Zivilisten durch andauernden Beschuss ermordet. Das tun sie weiterhin. Wo sie vor den Truppen der russischen Allianz zurückweichen mussten, haben sie alles zerstört, was sie konnten. Wenn sie jetzt in die Gebiete zurückkehren durften, in denen sie selbst verbrannte Erde geschaffen hatten, behaupten sie, Russland, gar Putin selbst, hätte das getan. Sie ziehen durch die Häuser und wenn sie auch nur die leeren Beutel von russischen Essenspaketen finden, sind die Bewohner Folter und Mord ausgesetzt. Eben wie in Butscha. Es reicht auch aus, wenn ein Denunziant behauptet, jemand wäre russlandfreudlich und schon ist er des Todes. Wer kein lupenreines Ukrainisch sprechen kann, wird seines Lebens nicht mehr froh. So, wie es schon länger im Westen der Ukraine praktiziert wird.

Die Regierung in Kiew ist ein Terrorregime

Etwas ähnliches wie Pressefreiheit gibt es nicht mehr und das, schon lange bevor die russische Operation begonnen hatte. Aus Kiew kam die klare Ansage, dass man alle, die die Stimme gegen die Regierung erhoben haben, als vogelfrei erklärt hat. Dass das keine leeren Worte sind, haben sie während der letzten acht Jahre deutlich gezeigt. Auch der Massenmord in Odessa ist für die Täter ohne Konsequenzen geblieben. Kiew hat ebenso unmissverständlich angesagt, dass alle, die sich nicht aktiv gegen die russischen Soldaten gestellt haben, schwere Strafen zu erwarten haben, wenn sie nicht gleich erschossen werden, wie es jetzt praktiziert wird. So muss man sich nicht wundern, wenn Menschen massenweise vor der ukrainischen Armee Richtung Russland fliehen. Genau das will Kiew, denn deren Ziel ist es, die Ukraine vom russischen Element zu säubern. Was kümmert es da Kiew, dass es sich dabei um etwa die Hälfte der Einwohner handelt.

Russland hat das Rote Kreuz eingeladen, die Behandlung von Kriegsgefangenen vor Ort zu überprüfen. Kiew lehnt das für sich ab. Wenn wir uns an die schrecklichen Videos erinnern, wo Kiews Mörder Kriegsgefangene gefoltert haben und dann verbluten liessen, wissen wir, warum das so ist. Amnesty-International hat schon Anfang August dieses Jahres in einem Bericht festgestellt, dass Kiew sein Militär in Schulen, Kindergärten, Altenheimen und Krankenhäusern stationiert und so die Zerstörung dieser wichtigen Einrichtungen provoziert hat. Siehe hier: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/amnesty-klagt-kriegsverbrechen-der-ukrainischen-armee-an/>

Dass das keinen Widerhall in westlichen Medien erfahren hat, war abzusehen. Wir und Kiew sind ja die Guten und wenn jetzt die Mordkommandos durchs Land ziehen, dann ist das natürlich ausschliesslich die Schuld Russlands. Liest man dazu die Berichte hierzulande, könnte man meinen, es wäre gut und gerecht, dass jetzt alle Russlandfreunde ihrer wohlverdienten Strafe zugeführt werden.

Kiew betreibt einen Völkermord

Betrachtet man aber, was da vor sich geht, gewinnt die Behauptung Moskaus an Substanz, dass Russland mit seiner Operation einen noch grösseren Völkermord verhindert hat als den, der bereits im Gange war. Wohl aus demselben Grund ist zu beobachten, dass immer mehr Menschen aus den ukrainisch kontrollierten Ostgebieten in die befreiten Regionen flüchten oder eben jetzt direkt vor der vorrückenden ukrainischen Armee. Diese Menschen nehmen die brutalen Drohungen Kiews ernst und es zeigt sich, aus gutem Grund. Der Westen hingegen tut so, als ob es diese Drohungen aus Kiew nicht gäbe und handelt entsprechend.

chend. So, wie sich sieben Jahre lang niemand im Westen darum bemüht hat, Kiew zur Einhaltung des Minsk-Prozesses auch nur zu ermahnen.

Im ukrainischen Militär sind NATO-Waffensysteme im Einsatz in einer Menge, die nur mit der Unterstützung der Westalliierten für die Sowjetunion während des Zweiten Weltkriegs vergleichbar ist. Ob diese Waffen jemals bezahlt werden? Wen kümmert's, es geht ja um die Erhaltung des US-Imperiums und da spielt Geld schon lange keine Rolle mehr. Zudem kommt immer mehr an die Oberfläche, dass NATO-Offiziere vor Ort das Kommando führen. Dass Kiew neben Ausbildung der Soldaten und den Waffensystemen auch strategische Informationen wie Zielkoordinaten von der NATO erhält, war von Anfang an bekannt. Die Realität ist also, dass die NATO und damit Deutschland Kriegspartei sind, was gerade Deutschland noch böse auf die Füsse fallen wird. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat in diesem Sinn bereits im April festgestellt, dass sich Deutschland spätestens mit der Ausbildung ukrainischer Soldaten in Deutschland zur Kriegspartei gemacht hat. Kanzler Scholz weiß das und handelt wohl deswegen so zögerlich. Selbst die Tagesschau hat darüber berichtet: <https://www.tagesschau.de/inland/ausbildung-soldaten-gutachten-101.html>

Die NATO trägt eine Mitschuld an den Verbrechen Kiews

Nachdem die NATO Waffen in die Ukraine liefert und ihre Offiziere zwar verdeckt, aber aktiv, direkt im Kampfgebiet an den Kampfhandlungen beteiligt sind, muss der Westen auch Verantwortung dafür tragen, was die Mörderbanden Kiews jetzt im Gebiet Charkow verbrechen. So darf man sich nicht wundern über die einseitige Berichterstattung, die alles gutheisst und feiert, was Kiew macht. Wer wollte schon den Verteidiger westlicher Werte und unserer Freiheit an den Pranger stellen wollen? Selbst dann nicht, wenn Kiew mit Ansage die grössten Verbrechen begeht. Ja, mit Ansage, denn Kiew hat die entsprechenden Gesetze beschlossen und veröffentlicht. Aber auf diesem Ohr ist der Westen wohl taub, genauso, wie er Putin nicht zuhört.

So, wie sich der Westen schon schuldig gemacht hat, indem er den Minsk-Prozess nicht eingefordert hat, macht er sich jetzt mitschuldig am Treiben der Mordbanden Kiews, weil er Kiew nicht zur Ordnung ruft. Aber wie könnte er das überhaupt, nach mehr als einem halben Jahrhundert an Kriegsverbrechen, die vor allem die USA in allen Teilen der Welt auf ihrem Konto haben. Bitte dazu nicht vergessen, Korea, Vietnam und natürlich die Bombardierung deutscher Zivilisten in den Städten auch mit Phosphorbomben. Wer das auf seinem Kerbholz hat, kann nicht glaubwürdig Kiew zur Einhaltung von Kriegs- und Menschenrecht ermahnen. Es ist vielmehr so, dass die Strategen der USA Kiew empfohlen haben, sein Militär in Schulen und Krankenhäusern zu verstecken, um dann Russland Kriegsverbrechen vorwerfen zu können, wenn sie diese Objekte unter Feuer nehmen. Ich erinnere an den Bericht von Amnesty.

Um Butcha ist es schnell ruhig geworden, denn die Vorwürfe an die russische Armee waren nicht haltbar. Auch jetzt ist es noch erstaunlich ruhig in dieser neuen Entwicklung im Osten. So, wie man die Leute kaum noch belügen kann, Russland würde seine eigenen Gebiete unter Feuer nehmen, wird es schwierig werden zu vermitteln, dass es Russland ist, das Menschen ermordet, obwohl seine Truppen nicht mehr vor Ort sind. Aber man lässt diesen Vorwurf im Raum stehen und wer es glauben will, wird es tun, ganz gleich, was der Verstand dazu sagen könnte.

Vergessen wir nicht, wie Kiew das Gefängnis für ukrainische Kriegsgefangene bombardiert und Dutzende Menschen umgebracht hat, damit sie nicht mehr die Kriegsverbrechen Kiews bezeugen können. So handelt Kiew nicht nur terroristisch, sondern bringt auch so viele Zeugen wie möglich zum Schweigen, die vor einem Tribunal aussagen könnten. Wann immer sie die Gelegenheit dazu haben. Aber auf diese Weise sind sie den Werten des Wertewestens sehr nahe. Ich erinnere nur an Julian Assange, den man immer noch in Folterhaft langsam verrecken lässt, weil er amerikanische Kriegsverbrechen aufgedeckt hat.

Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/kiew-mordet-weiter-nach-dem-modell-butsha/>

Wenn Flüchtlinge mit dem Ferrari kommen

Von Peter Haisenko, SEPTEMBER 9, 2022

Seit einigen Monaten sieht man vermehrt Kfz mit ukrainischen Kennzeichen auf deutschen Strassen. Es fällt auf, dass es sich dabei zumeist um neue hochpreisige Modelle handelt. Das sind also die Flüchtlinge, die aus unserem Steueraufkommen alimentiert werden. Doch warum kommen sie überhaupt?

In den letzten Tagen habe ich in der Tagespresse einen larmoyanten Beitrag über eine Ukrainerin gelesen, die aus Odessa geflüchtet ist. Das hat mich verwundert. Die Stadt Odessa ist vom Krieg nicht betroffen. Nur an einigen Stellen ausserhalb der Stadt gab es Einschläge und die waren nur gegen militärische Ziele gerichtet. Wie sogar im ÖRR-Fernsehen berichtet worden ist, geht in Odessa das ganz normale Leben weiter. Die Klubs sind geöffnet, nur mit der Einschränkung, dass ab 23:00 Uhr eine Ausgangssperre verhängt werden ist. Welchen Sinn die haben soll, muss wohl Selenskys Geheimnis bleiben. Aber wie verlässlich sind Berichte aus Odessa überhaupt?

In meinem Umfeld gibt es einen älteren Herrn, der seit Jahren regelmässig nach Odessa reist, um dort angenehme Zeiten zu verbringen. Auch in diesem Jahr, nach dem 24. Februar, ist dieser Herr schon mehrmals nach Odessa gereist. Nicht mehr direkt, sondern auf dem Umweg über Moldavien und dann mit dem Bus. Diese Reisen sind weitgehend problemlos abgelaufen. Ebenso problemlos, wie der Aufenthalt in Odessa selbst. Und nein, in Odessa hungert niemand und betrinken kann man sich auch. Einzig die Ausgangssperre erinnert an den Krieg. Das jedenfalls weiss dieser Herr zu berichten und wäre das nicht wahr, würde er nicht wiederholt nach Odessa reisen. Warum also flüchten Menschen aus Odessa?

Kiew ist 1000 Kilometer von der Front entfernt

Kiew selbst ist tausend Kilometer von der Front entfernt. Überhaupt sind Dreiviertel der Ukraine nicht direkt von den Kampfhandlungen betroffen. Das russische Militär hat sich schon lange aus der Gegend um Kiew zurückgezogen, denn dieser frühe Vormarsch hat seinen Zweck erfüllt. Nämlich die ukrainische Armee davon abzuhalten, ihre Kräfte von dort nach Osten zu verlegen. Die Stadt Kiew selbst ist vom Kriegsgeschehen nahezu unberührt. Warum also fliehen Menschen aus Kiew? Warum haben mehr als 20 Prozent der ukrainischen Bürger ihre Heimat verlassen und warum kehren so viele von ihnen wieder zurück? Ich denke, da spielt wieder einmal die deutsche Willkommenspolitik eine Rolle.

Ist es nicht verlockend für jeden Ukrainer, die Gelegenheit wahrzunehmen, sich andere Teile Europas anzusehen, wenn es fast nichts kostet? Wenn man nach Deutschland eingeladen wird mit dem Versprechen, für Reise, Kost und Logis nicht bezahlen zu müssen? Wenn man wenigstens für eine gewisse Zeit den Zuständen in diesem kaputten Land entfliehen kann? Mit der Aussicht, nicht mehr zurückkehren zu müssen? Das ist die eine Seite und das sind eher nicht diejenigen, die man in Nobelkarossen bei uns auf den Strassen sieht. Die gehören zu einer anderen Kategorie. Das sind diejenigen, die zur ukrainischen Nomenklatura gehören. Die genau wissen, dass sie als Günstlinge des Verbrecherregimes oder integrierte Akteure desselben nicht erwarten können, ihren Status zu behalten, wenn in Kiew aufgeräumt wird. Wenn sich die ganze Verbrecherbande vor ordentlichen Gerichten verantworten muss. Da ist dann Schluss mit Luxus und Privilegien und für die schlimmsten Fälle auch mit der Freiheit.

Das Massaker von Odessa wartet auf Aufklärung

Für Odessa selbst gilt ähnliches. Der Massenmord, bei dem am 2. Mai 2014 48 Menschen umgekommen und mehr als 200 verletzt worden sind, ist niemals aufgearbeitet worden und kein Schuldiger ist zur Verantwortung gezogen worden. Ich erinnere daran, dass damals Menschen in das Gewerkschaftsgebäude vor mordlüsternen Nationalisten geflüchtet sind und die Mörder dann das Gebäude angezündet haben und niemanden aus dem Inferno entkommen liessen. Jetzt aber, nach dem Beginn der russischen Operation, besteht die konkrete Gefahr, dass diese Morde doch noch aufgeklärt und die Täter ihrer Strafe zugeführt werden. So gehe ich davon aus, dass viele derjenigen, die jetzt aus Odessa geflohen sind, mehr oder weniger zu diesem Personenkreis gehören. Da hat wohl mancher seinen geliebten Ferrari oder den fetten Range Rover mitgenommen. Zudem ist bekannt, dass Karossen dieser Kategorien in der Ukraine bei Kontrollen eher mit Samthandschuhen angefasst werden, weil die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass da ein hochrangiger Apparatschik drinsitzt, mit dem man sich nicht anlegen will. Selbst dann, wenn Männer im wehrpflichtigen Alter drinsitzen, die eigentlich ihr Land nicht verlassen dürfen.

Wie blöd muss man sich da fühlen, wenn man für arme Ukrainer gespendet hat und dann sehen muss, wie Ukrainer hier mit Nobelkarossen herumfahren? Mit Fahrzeugen, die mit Geld bezahlt worden sind, das von den grosszügigen Zuwendungen des Westens abgezweigt, veruntreut worden ist. Wie NATO-Waffen, die über einen Schwarzmarkt schon ihren Weg aus der Ukraine in alle Welt und auch nach Russland gefunden haben. Auch diese «Gewinne» dürften zur Anschaffung diverser Nobelkarossen verwendet worden sein, die sich jetzt auf unseren Strassen mit dem «UA» auf dem Nummernschild tummeln.

Es gibt zwei Kategorien von Flüchtlingen

Ich will nicht in Abrede stellen, dass es echte Flüchtlinge aus der Ukraine gibt. Das dürften diejenigen sein, die im Osten des Landes lebten und als kiewtreue Nationalisten keine Zukunft für sich sehen, sobald Kiew nicht mehr seine schützende Hand über sie hält. Für die gibt es aber (noch) keinen Grund, ausser Landes zu fliehen. Allerdings werden diese Binnenflüchtlinge im eigenen Land keine derart bequemen Zustände vorfinden, wie wenn sie direkt bis Deutschland weiterziehen. Viele derer gehören auch zu denjenigen, die mit dem Plazet Kiews ihre russischsprachigen Landsleute drangsaliert haben. So, wie es im Westen der Ukraine jetzt Standard ist. Siehe hier: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20221/ukrainer-fluechten-aus-angst-vor-radikal-nationalistischen-ukrainern/>

So beobachte ich, dass Menschen aus der Ukraine flüchten, aus gegensätzlichen Motiven. Die einen flüchten, vor allem aus den Westteilen, weil sie von Nationalisten drangsaliert werden und die anderen, die Nationalisten, weil sie fürchten, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden, dass sie sich gegenüber russisch-sprachigen Mitbürgern sehr schlecht benommen haben.

Putschisten verdienen keine Sympathie

So oder so, wer mit dem Ferrari oder anderen Nobelkarossen aus der Ukraine in den Westen kommt, hat weder Anspruch auf Aufenthaltsrecht noch Alimentierung und schon gar nicht auf Asyl. Es sind die, die als Günstlinge oder Täter vom Putsch auf dem Maidan profitiert haben und so für den Kriegszustand in der Ukraine zumindest mitschuldig sind. Sie können von mir keinerlei Sympathie erwarten. Genauso wenig wie die ukrainischen Politiker, die von Deutschland fordern, auf russische Energie zu verzichten und zu frieren, aber selbst ungeniert russisches Gas importieren, um nicht selbst frieren zu müssen. Dass sie überhaupt noch Gas aus Russland erhalten, ist der Beweis, dass Russland keine Massnahmen ergreift, die den einfachen Bürgern der Ukraine Schaden zufügen.

Dass wir kein Gas erhalten liegt auch nicht an Russland, sondern an unseren Politikern, die das Wohl der Ukraine über dasjenige des eigenen Landes stellen, ganz gleich, was die deutschen Wähler davon halten. Dieselben Politiker, die weiterhin E-Autos propagieren und fördern und gleichzeitig fordern, Strom zu sparen. Da fahren dann mit Steuergeldern geförderte E-Autos durch verdunkelte Städte und ukrainische Sportwagen geben dazu ein Konzert aus ihren noblen Auspuffrohren. Es fehlen die Worte, diesen Wahnsinn umfassend zu beschreiben. So wage ich nicht zu entscheiden, ob diese Zustände galoppierendem Wahnsinn zuzuordnen sind oder antideutscher Ideologie. In jedem Fall schliesse ich mich Frau Wagenknecht und Frau Weidel an mit der Forderung nach kollektivem Rücktritt der Regierung. Das wäre das einzig akzeptable Entlastungspaket.

Nachtrag:

Die Fahrer von ukrainischen Kfz haben bei Verstößen gegen die Verkehrsregeln keine Strafverfolgung zu befürchten. Wie wollte man da Bussgelder eintreiben? In Österreich hat sich schon ein FPÖ-Politiker darüber beschwert:

<https://express.at/nepp-ueber-ukrainische-luxusautos-in-wien-veraergert/> (Mit Fotos von den Nobelkarossen)
Quelle: <https://www.anderweltonline.com/klartext/klartext-20222/wenn-fluechtlings-mit-dem-ferrari-kommen/>

Ukraine und NATO immer frecher – Moskau warnt vor Atomkrieg

15. September 2022



Siegestrunken: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen lobte bei ihrem Besuch in Kiew den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj: «Ich möchte Ihnen zu Ihrem militärischen Erfolg gratulieren.»

Von KEWIL | Nachdem die Ukraine einige Quadratkilometer um Charkow von Russland zurückgewonnen hat, werden Kiew und die NATO immer frecher und unverschämter. Und diese dummen Ignoranten rechnen einfach hoch, dass es mit der ‹Befreiung› der Ukraine jetzt so weitergeht. Dabei war das Territorium von den Russen und ihren Verbündeten nur schwach besetzt, und diese flohen angesichts der Übermacht der Ukrainer Hals über Kopf. Wer aber glaubt, das sei erst der Anfang und es laufe so weiter?

Die deutsche Lügenpresse verbreitet Propaganda mit ein paar glücklich weinenden Kiew-freundlichen Ukrainern im Donbass, die unter russischer Besatzung waren. Dass die Ukrainer jetzt aber ihre russophilen Landsleute dort foltern und erschiessen, berichtet sie nicht. Es wird ‹gefiltert›, also Häuser durchsucht, und Gerichtsverhandlungen drohen für die russophilen Ukrainer dort. Dazu wird theatralisch vermutlich ein neues ‹Butscha› vorbereitet. Und dahinter lauern dann die ukrainischen Maximalforderungen!

Die Russen müssen für den Schaden durch den Krieg erst mal bezahlen. Natürlich mindestens die 400 Milliarden US-Dollar, die der Westen der russischen Zentralbank geklaut hat, dazu alles Geld und Vermögen

der Russen im Westen, inklusive die Jachten der russischen Oligarchen. Dazu muss es wörtlich «neue Nürnberger Prozesse» geben, wo alle beteiligten russischen Politiker und Militärs auf die Anklagebank kommen, inklusive Putin, falls er noch lebt.

Schon vorher muss sich Russland auf die Grenzen von 1991 oder noch früher zurückziehen, natürlich die Krim zurückgeben, und das Schwarze Meer wird ukrainisch und von der NATO abgeriegelt, denn die Ukraine will – wieder – sofort in die NATO.

Ja! Dies wurde erst diese Woche ausgemacht. Eine vom größenwahnsinnigen Selensky initiierte Arbeitsgruppe der Ukraine zusammen mit dem früheren NATO-Generalsekretär Rasmussen hat das ausgeheckt und volle NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gehört sofort dazu, also genau das, weswegen der Krieg erst angefangen hat. (Siehe Newsweek!)

Putin und Lawrow sind auffallend schweigsam, aber die völlig irreale, politisch verrückte Meinung des Westens, dass irgendwann mit Putins Ende Russland demütig darnieder liege und dem Westen die Füsse lecken werde, ist natürlich ein Trugbild. Der russische Ex-Präsident Medwedew, ein Falke, warnte gerade auf Telegram vor einem «Prolog zum Dritten Weltkrieg» der «Kiewer Kamarilla»:

«Und dann werden die westlichen Nationen nicht mehr in ihren sauberen Häusern sitzen und darüber lachen können, wie sie Russland vorsichtig und stellvertretend schwächen. Alles wird um sie herum in Flammen stehen. Ihre Leute werden ihren Kummer in vollem Umfang ernten. Das Land wird in Flammen stehen und der Beton wird schmelzen. Und doch reden die engstirnigen Politiker und ihre dummen Denkfabriken, nachdenklich ein Glas Wein in der Hand drehend, darüber, wie sie mit uns umgehen können, ohne direkt in einen Krieg einzutreten. Dumme Idioten mit klassischer Bildung.»

Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie dumm unsere Politiker sind. Bevor Russland alle verrückten obigen Forderungen der Ukraine und NATO erfüllt, wird Moskau.todosicher zu härteren Massnahmen greifen. Das ist klar. Der Kreml wird sich dem Westen nicht unterwerfen.

Quelle: <https://www.pi-news.net/2022/09/ukraine-und-nato-immer-frecher-moskau-warnt-vor-atomkrieg/>

Ron Paul: Europas Selbstmord durch Sanktionen

14. September 2022

Bei dem Versuch, Russland durch den Stopp von Gas- und Ölimporten zu bestrafen, vergassen die Politiker der Europäischen Union, dass Europa vollständig von russischen Energielieferungen abhängig ist und dass die einzigen, die unter einem Stopp dieser Importe leiden, die Europäer selbst sind.

«Bei dem Versuch, Russland durch den Stopp von Gas- und Ölimporten zu bestrafen, vergassen die Politiker der Europäischen Union, dass Europa vollständig von russischen Energielieferungen abhängig ist und dass die einzigen, die unter einem Stopp dieser Importe leiden, die Europäer selbst sind», schreibt der US-Politiker Ron Paul.

Obwohl sie lange Zeit – oft von Kriegsgegnern – als eine weniger zerstörerische Alternative zum Krieg angepriesen wurden, sind Sanktionen in Wirklichkeit Kriegshandlungen. Und wie wir bei Interventionismus und Krieg wissen, hat dies oft unbeabsichtigte Folgen und sogar Rückschläge zur Folge.

Die europäischen Sanktionen gegen Russland wegen seines Einmarsches in die Ukraine zu Beginn dieses Jahres werden wahrscheinlich als ein Paradebeispiel dafür in die Geschichte eingehen, wie Sanktionen unbeabsichtigte Folgen haben können. Bei dem Versuch, Russland durch den Stopp von Gas- und Ölimporten zu bestrafen, vergassen die Politiker der Europäischen Union, dass Europa vollständig von russischen Energielieferungen abhängig ist und dass die einzigen, die unter einem Stopp dieser Importe leiden, die Europäer selbst sind.

Die Russen haben sich einfach nach Süden und Osten orientiert und in China, Indien und anderswo zahlreiche neue Abnehmer gefunden. Tatsächlich hat der staatliche russische Energiekonzern Gazprom berichtet, dass seine Gewinne in der ersten Hälfte dieses Jahres um 100 Prozent gestiegen sind.



Russland wird reich, während den Europäern ein eiskalter Winter und ein wirtschaftlicher Zusammenbruch droht. Und das alles wegen des falschen Glaubens, dass Sanktionen ein kostenloses Mittel sind, um andere Länder zu zwingen, das zu tun, was man von ihnen will.

Was passiert, wenn die Menschen sehen, dass die dumme Regierungspolitik die Energiekosten in die Höhe treibt, während die Wirtschaft zum Stillstand kommt? Sie werden verzweifelt auf die Strasse gehen, um zu protestieren.

An diesem Wochenende gingen Tausende von Österreichern auf die Strasse, um ein Ende der Sanktionen und die Eröffnung von Nord Stream II, der Gaspipeline, die Anfang des Jahres kurz vor der Eröffnung stand, zu fordern. Letzte Woche gingen schätzungsweise 100'000 Tschechen in Prag auf die Strasse, um gegen die NATO- und EU-Politik zu protestieren. In Frankreich sind die «Gelbwesten» wieder auf den Strassen und protestieren gegen die Zerstörung ihrer Wirtschaft im Namen des «Sieges» über Russland in der Ukraine. In Deutschland, Serbien und anderswo nehmen die Proteste zu.

Selbst die Washington Post sah sich gezwungen zuzugeben, dass die Sanktionen gegen Russland nicht die beabsichtigte Wirkung haben. In einem gestrigen Artikel befürchtet die Zeitung, dass die Sanktionen «Kollateralschäden in Russland und darüber hinaus verursachen und möglicherweise sogar den Ländern schaden, die sie verhängen. Einige befürchten sogar, dass die Sanktionen, die Putin abschrecken und schwächen sollen, ihn am Ende ermutigen und stärken könnten».

Das alles ist vorhersehbar. Sanktionen sind tödlich. Manchmal töten sie Unschuldige in dem Land, gegen das sie gerichtet sind, und manchmal töten sie Unschuldige in dem Land, das sie verhängt. Die Lösung ist, wie immer, Nichteinmischung. Keine Sanktionen, keine «farbigen Revolutionen», keine Einmischung. Es ist wirklich so einfach.

(Auszug aus einem Artikel von Ron Paul. Er ist US-amerikanischer Politiker und war zwischen 1976 und 2013 mit Unterbrechungen als Republikaner Abgeordneter im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. Paul war bei der US-Präsidentswahl 1988 Kandidat der Libertarian Party. Man kann den Blödsinn mit den Sanktionen nicht oft genug wiederholen!)

Quelle: <https://www.pi-news.net/2022/09/ron-paul-europas-selbstmord-durch-sanktionen/>

«Das Land wird brennen» – Medwedew richtet in Moskau apokalyptische Töne in Richtung Westen

RT Deutsch, Do, 15 Sep 2022 16:16 UTC

Dmitri Medwedew hat sich im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg mit einer apokalyptischen Warnung an den Westen gewandt. Der ehemalige russische Präsident nutzte dazu ein Zitat aus dem Buch der Offenbarung, mit dem er die Forderungen im sogenannten «Kiewer Sicherheitsabkommen» kommentierte.

Westliche «dumpfe Idioten in dummen Denkfabriken» führen ihre Länder mit ihrem hybriden Krieg gegen Russland auf den Weg eines atomaren Armageddon, schrieb der frühere russische Präsident Dmitri Medwedew am Dienstag auf seinem Telegram-Kanal. Unbegrenzt Waffen zu liefern und Unterstützung für die Ukraine zu leisten und gleichzeitig zu behaupten, nicht direkt in den Konflikt verwickelt zu sein, werde auf lange Sicht nicht funktionieren, so der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates.

Der von Kiew am Dienstag veröffentlichte Vorschlag eines «Kiewer Sicherheitsabkommens» sei ein Prolog zum Dritten Weltkrieg, stellte Medwedew fest und nannte ihn einen «hysterischen Appell an die westlichen Länder, die in einen Stellvertreterkrieg gegen Russland verwickelt seien».



Der frühere russische Präsident Dmitri Medwedew (Archivbild)

Wenn der Westen sein ‹hemmungsloses Aufrüsten des Kiewer Regimes mit den gefährlichsten Waffen› fortsetzt, wird sich Russlands militärischer Feldzug auf die nächste Ebene begeben müssen. Auf dieser Ebene werden sich «vorhersehbare Grenzen verwischen und die potentielle Berechenbarkeit der Aktionen der Konfliktparteien auflösen; der Konflikt wird dann eine Eigendynamik entwickeln, die allen Kriegen eigen ist», warnte Medwedew.

«Und dann werden die westlichen Nationen nicht mehr in der Lage sein, in ihren schmucken Häusern zu sitzen und darüber zu lachen, wie sie Russland sorgfältig durch einen Stellvertreterkrieg schwächen. Um sie herum wird alles in Flammen stehen und sie werden Kummer ernten. Das Land wird brennen und der Beton wird schmelzen», schrieb Medwedew, bevor er den Bibelvers 9:18 aus dem Buch der Offenbarung zitierte. Darin heisst es: «Von diesen drei Plagen wurde der dritte Teil der Menschen getötet, von dem Feuer und dem Rauch und dem Schwefel, die aus ihren Mäulern hervorkamen.»

«Doch immer noch reden die engstirnigen Politiker und ihre dummen Denkfabriken, die nachdenklich ein Glas Wein in ihren Händen schwenken, darüber, wie sie mit uns fertig werden können, ohne in einen direkten Krieg mit uns zu geraten. Dumpfe Idioten mit durchschnittlicher Bildung», schrieb Medwedew weiter. Mit dem Kommentar nahm der Politiker Bezug auf einen Vorschlag Kiews über ein sogenanntes ‹Sicherheitsabkommen›, das unter Leitung des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen erarbeitet wurde.

Der Entwurf sieht vor, dass die USA und ihre engsten Verbündeten die Grenzen der Ukraine von der Zeit vor 2014 garantieren. Dazu sollen Waffen und Munition geliefert, finanzielle Unterstützung geleistet und die ukrainischen Streitkräfte ausgebildet werden. Zudem sollen sich die Verbündeten verpflichten, die Sanktionen gegen Russland so lange aufrechtzuerhalten, wie Kiew dies wünscht, und jegliches bisher beschlagnahmte russische Eigentum an die Ukraine übergeben.

Quelle: <https://de.sott.net/article/35639-Medwedew-richtet-reale-Tone-an-den-Westen-Um-sie-herum-wird-alles-in-Flammen-stehen-und-sie-werden-Kummer-ernten-Das-Land-wird-brennen>



Ein Artikel von Alexander Neu; 20. September 2022 um 9:00

Was ist los in der SPD? Seit Monaten hören wir Aussagen aus der Führungsriege der Sozialdemokraten, die eine dezidierte Militarisierung deutscher Aussen- und Sicherheitspolitik einfordern, um Deutschland zu einer «Führungsmacht» aufzurüsten. So erklärte Bundeskanzler Olaf Scholz auf der jüngsten Bundeswehrtagung, er wolle die «Bundeswehr zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa machen» und dabei daran festhalten, dass zwei Prozent des BIPs jährlich in den Militäretat fliessen. Ob die europäischen Nachbarn, die vielleicht nicht ganz so geschichtsvergessen sind, das begrüssen, dürfte abzuwarten bleiben. Von Alexander Neu.

Christine Lambrecht, eine eher glücklose und vollständig sachfremde Verteidigungsministerin – allerdings nicht die erste in diesem Amt – erklärte in ihrer Grundsatzrede zur Nationalen Sicherheitsstrategie: «Deutschlands Grösse, seine geografische Lage, seine Wirtschaftskraft, kurz sein Gewicht, machen uns zu einer Führungsmacht, ob wir es wollen oder nicht. Auch im Militärischen.»

Frau Lambrecht suggeriert damit eine Schicksalhaftigkeit deutscher Grossmachtpolitik, quasi ein unabänderliches Naturgesetz, dass Deutschland eine auch militärische «Führungsmacht» sein müsse. Nur, Politik ist kein Naturgesetz, sondern Politik bedeutet, bewusste Entscheidungen für oder gegen etwas zu fällen. Waren es schicksalhafte und alternativlose Entwicklungen, benötigte man nur Technokraten, jedoch keine politischen Entscheider. Damit verneint Frau Lambrecht, ohne die Tragweite ihrer Aussage zu verstehen, demokratische Entscheidungsprozesse.

Und Lars Klingbeil, Co-Vorsitzender der Sozialdemokraten, gab wenige Wochen zuvor in einer Rede die neue politische Richtung vor:

«Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben.»

Diesen Anspruch rahmt er pflichtgemäß in die westlichen Strukturen (NATO und EU) ein. Mehr noch, in seiner Rede ruft er zum Kampf des Westens in einer sich neu entwickelnden Weltordnung, der multipolaren Weltordnung, auf. In dieser solle Deutschland und Europa ein eigenes Kraftzentrum in Abstimmung mit den USA bilden. Statt internationale Kooperation, Multilateralismus auf Augenhöhe und seriöse Bemühungen um Interessenausgleich mit den übrigen sich herausbildenden Zentren wie China, aber auch Russland beschwört L. Klingbeil einen «Wettstreit um Beziehungen, Abhängigkeiten, Bindungen und Kooperationen», also um Einflussräume. Klingbeil vermeidet dabei Termini wie Einflussräume oder -sphären, da ausschliesslich der Westen gemäss seinem Selbstverständnis keine geopolitischen Ambitionen verfolgt. Derartiges verfolgt nur der Teil der Welt, der nicht zum politischen Westen gehört.

Stimmen in der SPD, die eine Entspannungs- und kooperative Politik fordern, sind derweil nicht mehr zu vernehmen oder vielleicht auch ausgeschaltet worden. Die Hardliner bestimmen den aussen- und sicherheitspolitischen Diskurs in der SPD sowie im gesamten politischen Berlin auf absehbare Zeit. Der russische Krieg in der Ukraine führt in Deutschland, dem Land der Aufklärung, zu einer erschreckenden gesinnungsethischen Eintönigkeit. Es ist nur ein Narrativ zulässig – der ganz überwiegende Teil der Medien, der Politik und der Wissenschaft achtet mit Argusaugen auf die absolute Hegemonie dieses Narratives und kontrolliert sich gegenseitig. Differenzierte Analysen, die Frage nach der Konfliktgenese sowie abweichende Überlegungen zur Beendigung des Krieges und der Schaffung eines nachhaltigen Friedens gelten als ketzerhaft und enden in Diffamierung und gesellschaftlicher Ächtung ihrer Protagonisten. Selbst namhafte Politikwissenschaftler, die über jeden Zweifel hinsichtlich ihrer politischen Orientierung erhaben, d.h. fest im transatlantischen Milieu verankert sind, leiden aufgrund abweichender Analysen und Prognosen unter einer zunehmenden medialen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Ächtung. wie beispielsweise die beiden renommierten aussen- und sicherheitspolitischen Experten, Prof. Johannes Varwick und Prof. Christian Hacke.

Diese Ächtungen reichen bis zu Aussagen, sie reproduzierten Putins Narrativ, womit ihnen durch die Blume moralischer Hochverrat unterstellt wird. Und genau hier liegt das Problem, Bekenntnisse und Gesinnung sind wichtiger denn Fakten und strategische Analysen. Genau hier wäre eine starke SPD, die den Unterschied zur Union, zur FDP und besonders zu den Grünen macht, wichtig. Stattdessen springt die SPD auf den Zug der Eskalation auf und formuliert ganz „nebenbei“ auch noch einen deutschen Führungsanspruch.

Zeitenwende – Russlands Krieg Grund oder Anlass?

Den Startschuss gab am 27. Februar Bundeskanzler Olaf Scholz mit seiner Rede zur «Zeitenwende» im Deutschen Bundestag angesichts des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Seitdem sind in Deutschland die ohnehin nur noch wenigen Reste der die Bonner Republik ausmachenden «Kultur der Zurückhaltung» endgültig entsorgt worden. Der Begriff der «Zeitenwende» indessen könnte viel eher auf den finalen friedenspolitischen Dammbruch des nunmehr offen ausgetragenen Konkurrenzkampfes des Westens mit dem Rest der Welt über die globale Hegemonie und der dafür notwendige Bruch mit dem bisherigen Sozialstaatsverständnis, um den auch aufrüstungs- und militär-(politischen) Konkurrenzkampf schliesslich finanzieren zu können, seine Anwendung finden als auf den russischen Angriffskrieg.

Denn der russische Krieg stellt eben kein Novum in der europäischen Nachkriegsordnung und keinen Präzedenzfall des Bruchs des zwingenden Gewaltverbotes der UNO-Charta dar: Dies erledigte bereits die US-geführte NATO mit ihrem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg 1999 gegen Jugoslawien – übrigens unter Beteiligung einer SPD-Grünen-Bundesregierung. Dieser Krieg war trotz aller Propaganda eben kein Krieg zwecks Verhinderung eines drohenden oder gar realen Genozids, sondern stellte unter dem humanitären Vorwand tatsächlich einen Ordnungskrieg dar, mit dem die NATO den post-jugoslawischen Raum endgültig in ihre Machtphäre integrierte. Nicht weniger der Angriffskrieg der «Koalition der Willigen» unter US-Führung 2003 gegen den Irak wegen angeblicher Massenvernichtungswaffen, die jedoch nie gefunden wurden. Welche und wie viele Sanktionen hat die EU seinerzeit gegen den Aggressor USA eigentlich verhängt? Die Bundesregierung und ihre Vorgängerregierungen haben den US-Angriffskrieg gegen den Irak bis heute nicht als Angriffskrieg und somit nicht als Völkerrechtsbruch qualifiziert. Warum nicht?

Fairerweise muss ergänzt werden, dass der damalige Bundeskanzler, der Sozialdemokrat G. Schröder, Weitsicht bewies, indem er Deutschland nicht zur direkten Kriegspartei an der Seite der USA machte. Es ist schon erstaunlich, wie sehr die politische Klasse der transatlantischen Wertegemeinschaft und die westlichen Medien die eigenen Schandtaten «vergessen» oder vergessen machen wollen bzw. schönzureden versuchen, wenn man sie darauf anspricht. Besonders zeigt sich dies, wenn im Kontext des russischen Angriffskrieges, der per definitionem völkerrechtswidrig ist, da «Angriffskriege» eindeutig und unverhandelbar einen Völkerrechtsbruch darstellen, plötzlich erstaunliche Aussagen auch von SPD-Politikern getätigt werden, wonach der russische Angriffskrieg der erste zwischenstaatliche Krieg seit dem 2. Weltkrieg in Europa sei – ganz so, als hätte die NATO nicht 77 Tage lang Restjugoslawien bombardiert. Eine solch demonstrative Ignoranz gegenüber der Öffentlichkeit muss man erstmal hinbekommen, ohne zu erröten.

Zurück zur Scholz'schen «Zeitenwende»: Noch am 26. Februar hätte kaum jemand für möglich gehalten, was der russische Angriffskrieg in Deutschland möglich gemacht hat: Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages – mit Ausnahme der LINKEN – jubelten am 27. Februar in einer Sondersitzung des Bundestages, die anlässlich des Krieges Russlands gegen die Ukraine einberufen wurde, geradezu berauscht im Anschluss der Kanzlerrede. Was hat Kanzler Scholz verkündet: Er hat in seiner Rede mal eben 100 Milliarden Euro Sonderfond (kreditfinanziert!) für die Bundeswehr und die sofortige Anhebung des jährlichen Militärbudgets auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts angekündigt.

Unter normalen Bedingungen hätte eine derartige Ankündigung eher zum Sturz einer Regierung denn eines Bejubelns derselben geführt. Nicht aber seit dem 24. Februar, der der Bevölkerung Deutschlands als aussen-, sicherheits- und rüstungspolitische «Zeitenwende» verkauft wird. Nicht einmal der irreführende Begriff «Sondervermögen» wurde moniert, obschon es sich eben nicht um ein Vermögen, sondern um kreditfinanzierte Gelder handelt. Die korrekte Formulierung ist «Sonderschuld».

Alles war plötzlich möglich – eine Art geistiger Ausnahmezustand beherrschte die Szene. Es sind diese ausserordentlichen Momente in der Geschichte, in der die Gefühlswelt über die politische Vernunft dominiert und der Exekutive Handlungsräume zugestanden werden, die in «normalen» Zeiten undenkbar wären. Erinnern wir uns an die «uneingeschränkte Solidaritätsbekundung» als uneingeschränkte Unterwerfungsgeste des damaligen Bundeskanzlers Schröder, adressiert an die USA kurz nach den Terroranschlägen am 11. September 2001. Bundeskanzler Scholz erkannte und nutzte diesen ausserordentlichen Moment am 27. Februar 2022.

Leider beweist die SPD-Führung erneut Kurzsichtigkeit und Lernresistenz. Statt diesen Krieg Russlands gegen die Ukraine als Anlass auch zur Generalbilanzierung deutscher und westlicher Aussen- und Sicherheitspolitik der letzten 30 Jahre zu machen, statt zu prüfen, welche Optionen zur Beendigung des Krieges sinnvoll sind jenseits der Überlegungen, Russland zu ruinieren, wie die Aussenministerin Annalena Baerbock es fordert, statt an Konzepten der friedlichen Ko-Existenz als Mindeststandard im Umgang mit Russland und generell im internationalen Umgang gemäss der UNO-Charta zu arbeiten und Konzeptionen eines echten sicherheitskollektiven Raums für Europa (ggf. unter dem institutionellen Schirm der OSZE) in Deutschland ernsthaft zu diskutieren, fällt der SPD-Führung nicht anderes ein, als sich an die Spitze eines anachronistischen, auf militärische Stärke orientierten sicherheitspolitischen Modells zu stellen. Ein Modell, das eines garantiert nicht vermag: Stabilität und Frieden in Europa und weltweit zu generieren. Stattdessen werden personelle, materielle, finanzielle und intellektuelle Ressourcen für geopolitische und militärische Sandkastenspielchen verschwendet – Ressourcen, die für die Bekämpfung der Klimakatastrophe und damit einhergehende Katastrophen essentiell sind, aber fehlen werden.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=88234>

Strategischer Rufmord Russlands durch die Medien

20. September 2022 Peter A. Weber Hintergrund, Medien, Meinung 15

Strategischer Rufmord Russlands durch die Medien. Diese Strategie der westlichen Medien bedeutet gleichzeitig ein Selbstmord des unabhängigen und freien Journalismus. Wenn in der Ukraine der Verdacht von

Kriegsverbrechen auftaucht oder tatsächlich festgestellte Massaker entdeckt werden, dann wird automatisch die russische Seite beschuldigt. Unabhängige Untersuchungen gibt es nicht. Glaubt jemand ernsthaft, dass die ukrainische Staatsanwaltschaft jemals zugeben würden, dass die Kiewer Armee, ihre Nazitruppen oder Söldner unter den Tätern sind?

Realistischer Alltag in der Ukraine

Selbstverständlich beschiesst ausschliesslich Russen Wohngebiete und zivile Objekte?! Dabei ist es eine nicht zu widerlegende Tatsache, dass die Westukraine seit 2014 die Zivilbevölkerung im Donbass angreift und terrorisiert. Auch beschiesst die Kiewer Junta mit Hilfe von deutschen und westlichen Waffen täglich Städte und Dörfer in der Donbass-Region. Auch dann, wenn dort keinerlei militärische russische Präsenz vorhanden ist. Täglich sterben Kinder, Frauen und Zivilisten. Es werden Kindergärten, Schulen und Krankenhäuser getroffen. Darüber wird allerdings in den westlichen Medien nicht berichtet.

Diese ignorieren einfach die brutale Vorgehensweise der ukrainischen Armee, die in der gleichen Weise auch mit ihren eigenen Soldaten verfährt, die rücksichtslos vorgeschnickt und zum Abschlachten freigegeben werden. Sie werden sinnlos geopfert nur um die Interessen der USA in einem Stellvertreterkrieg zu vertreten. Kann mir mal jemand ernsthaft erklären, welchen Nutzen diese menschlichen Opfer und die Zerstörung eines Landes für dieses haben soll und ob diese Strategie dem ukrainischen Volk dient? Die Profiteure sind leicht auszumachen: die USA und die Rüstungskonzerne.

Erbarmungslose Kriegspropaganda

Die westlichen Medien übernehmen einfach ungeprüft die offiziellen ukrainischen Meldungen über den Kriegsverlauf. Dabei dürfte jeder wissen, dass Selensky schon lügt bevor der Mund aufmacht. Es geht nur um das Prinzip, die Russophobie weiter ungehemmt zu schüren und den Krieg bis zum Exzess anzuhizen. Wohlwissend, dass in die Welt gesetzte falsche Behauptungen hängen bleiben, selbst wenn sie später widerlegt werden. Aber an aufrichtiger, fairer und unabhängiger Reportage sind die hiesigen Medien in keiner Weise interessiert.

Sie stricken ihr Lügengespinst absichtlich und böswillig, um Russland zu diffamieren und zu zerstören. Dabei treiben sie die westliche Politik geradezu vor sich her. Und die würdelosen Politiker übernehmen ohne jegliche Beweisführung diese Lügen, um sie als Argument für weitere Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu nutzen. Damit gebärden sie sich als Landesverräte, weil sie absichtlich unsere gewachsenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen ruinieren.

Gert Ewen Ungar hat diese Entgleisungen und haarsträubenden Verunglimpfungen, die als journalistische Berichterstattung getarnt sind, in seinem Beitrag *«Die Gräber von Isjum und die distanzlose Erzählung der deutschen Medien»* thematisiert und als verurteilt, was sie tatsächlich sind – nämlich bösartige Kriegspropaganda.

«Der Fund von Gräbern in der von der Ukraine zurückeroberten Stadt Isjum sorgt in deutschen Medien wieder für Aufregung. Die Fährte für den deutschen Medienkonsumenten ist schnell gelegt: Die Spur führt nach Russland. Schaut man genauer hin, ist da wenig dran.»

Das Anliegen von Ungar oder mir ist es nicht zu behaupten, dass von russischer Seite ein menschlicher Krieg geführt würde. Krieg ist Krieg – und widerspricht damit grundsätzlich der Menschlichkeit.

Gut und Böse

Wer jedoch im Zusammenhang mit Krieg versucht vorzutäuschen, dass man das alleinige Gute vertritt und die Gegenseite ohne Einschränkung das abgrundtiefe Böse darstellt, der beweist damit seine unredlichen Absichten. Damit wird eindeutig klar, dass eine Verhandlungslösung überhaupt nicht erwünscht ist und man dem Frieden den Krieg erklärt hat. Genau wie die USA es für sich beanspruchen – und das in 8000 km Entfernung in Europa – hat Russland das Recht auf eine Sicherheitszone, die es vor den ungehemmten Hegemoniebestrebungen der USA schützt.

Und wer sagt denn, dass es für die Ukraine insgesamt und speziell für die östliche und südliche, wo die Verbundenheit mit Russland überwiegt, ein Schaden oder Nachteil ist, wenn die Ukraine geteilt wird? Ein Teil neutral und offen für Beziehungen nach Ost und West – und ein Teil selbstständig oder zu Russland gehörig. Für den Weltfrieden, für die Versorgung der Welt mit nötigen Rohstoffen und für die Stabilisierung des europäischen Wohlstands sowie der Wirtschaft wäre es jedenfalls ein Segen.

Und wenn eine Partei massive Kriegsunterstützung in Form von finanziellen Mitteln, Waffen, Ausbildung und militärisch-strategischer Anleitung praktiziert und dieses Vorgehen als friedensfördernd bezeichnet, dann ist das pervers und der Gipfel der Heuchelei. Dieser Krieg wird vom Westen mit dem Kiewer Marionettenregime als Mittel zum Zweck einer US- und NATO-Expansion geführt. Als billige Rechtfertigung wird dabei gerne die Verteidigung von fragwürdigen Werten, Freiheit und Demokratie ins Feld geführt. Diese Werte sind weder im Westen wirklich präsent – und noch viel weniger im korrupten, autoritären und *«failed state»* Ukraine. Der hängt total am Tropf von USA und NATO.

Vierte Gewalt?

Die Verkommenheit des westlichen Journalismus nimmt mittlerweile tragische Züge an. Ein ganzer Berufsstand hat sich auf die allerunterste Sohle begeben und allen Prinzipien abgesworen, die ihn einst ausgezeichnet haben. Von wegen Vierte Gewalt. Wie heisst es doch bei Wikipedia so schön:

«Vierte Gewalt, vierte Macht oder publikative Gewalt wird als informeller Ausdruck für die öffentlichen Medien, wie Presse und Rundfunk, verwendet. «Vierte Gewalt» bedeutet dabei, dass es in einem System der Gewaltenteilung eine vierte, virtuelle Säule gibt. Neben Exekutive, Legislative und Judikative gibt es demnach die Medien, die zwar keine eigene Gewalt zur Änderung der Politik oder zur Ahndung von Machtmissbrauch besitzen, aber durch Berichterstattung und öffentliche Diskussion das politische Geschehen beeinflussen können.»

Ich möchte Wikipedia ergänzen: Die vornehme Aufgabe der Medien wäre es, die Politik kritisch zu hinterfragen, in Zweifel zu ziehen, demokratische Strukturen zu verteidigen und zu stärken sowie durch kreative Vorschläge die Politik voranzutreiben. Aber all das ist heutzutage totale Fehlanzeige!

Die unheilvolle Spirale von Hetzkampagnen

Mit der einseitigen und skandalösen Beweihräucherung der Corona-Restriktionen und Spritzkampagnen hat es begonnen. Die nächste Stufe zündete man mit der Diffamierung und Kriminalisierung von Kritikern und Verweigerern. Mit der unhaltbaren Unterstützung der Russlandsanktionen und Verfälschung der zugrundeliegenden Auslösungs-Tatsachen sowie der systematischen Befeuierung des Russland-Hasses wurde die Einseitigkeit der Aussagen noch einmal gesteigert. Den letzten Rest journalistischen Standards wurde seit dem offen ausgebrochenen Ukrainekrieg bedenkenlos geopfert. Die hehre Ethik nach der Präferenz des Friedensstreben wurde mit Füssen getreten. An dessen Stelle tritt die satanische Botschaft von Friedensschöpfung durch Waffenlieferungen. Ideologie und bedingungslose Anpassung an Mainstream und Herrschaftsdenken wurde zur neuen journalistischen Religion erklärt.

Seitdem wird nur noch gebascht, getreten und mit Schaum vor dem Mund gegen Russland gegeifert, was das Zeug hält. Wahrheit ist zu einem böhmischen Dorf umfunktioniert worden. Menschen, die der Wahrheit auf den Grund gehen wollen, werden nach allen Regeln der Kunst diffamiert, als Verschwörungstheoretiker abgetan oder gleich zum Abschuss freigegeben. Im Mittelalter gab es den Pranger und die Folter. Aktuell sind die Medien als Vollstrecker auf den Plan getreten – und das Internet hat die Rolle des Prangers übernommen. Die neuen Journalisten sind die modernen Henkersknechte, die sich für die Eklektizisten, Karrieristen, Nutzniesser und opportunistischen Verschlimmbesserer des abgehobenen Führungsregimes prostituiert haben.

Zitate Gert Ewen Ungar:

«Es ist Teil jeder Kriegspropaganda, den Gegner moralisch zu entwerten. Dass Deutschland längst in den Krieg eingetreten und zur Kriegspartei geworden ist, ist an den deutschen Medien ablesbar. Sie haben jede kritische Distanz und jedes Bemühen um journalistische Qualität zugunsten einseitiger Kriegsberichterstattung aufgegeben. Es ist Propaganda, wozu sich die grossen deutschen Medienhäuser da hergeben. Schilde rungen der ukrainischen Seite werden ungeprüft oder gar unhinterfragt übernommen, wohingegen man bei dem, was man aus Russland nicht umhin kommt zu melden, die Leser und Zuschauer zu höchster Skepsis auffordert, wenn es denn überhaupt wiedergegeben wird. Das neueste Beispiel, an dem sich das zeigen lässt, sind die Meldungen zur Auffindung von Gräbern in der ukrainischen Stadt Isjum.»

«Es gibt in der Ukraine zweifellos Kriegsverbrechen. Nachweislich werden solche Verbrechen von der Ukraine begangen: Dazu gehört der tägliche Beschuss der beiden Volksrepubliken im Donbass. Nahezu jeden Tag sterben dort Zivilisten. Es gibt dort keine militärischen Ziele. Von diesen Kriegsverbrechen berichten die grossen deutschen Medien – wie seit acht Jahren – nichts und machen damit ihre Verflechtung, ihre «Einbettung» in diesen Krieg deutlich. Die zivile Infrastruktur in Donezk wird mit westlichen Waffen der NATO beschossen. Das sollte man sich auch immer wieder vergegenwärtigen, wenn man nach schnellen und umfassenden Waffenlieferungen ruft. Sie vertiefen die Gräben, die sich durch die Kulturen der Ukraine ziehen, sie können sie nicht schliessen. Wie die Menschen in der Ostukraine mit denen der Westukraine jemals nach einem ukrainischen Sieg wieder zusammenleben könnten, ist eine Frage, über die jene offenkundig nicht nachdenken wollen, die nach Waffen und immer mehr Waffen für die Ukraine rufen.»

Die Weigerung der deutschen Medien

«Da deutsche Medien sich konsequent weigern, irgendetwas von der russischen Haltung und Sichtweise wiederzugeben oder auch nur russische Quellen zu zitieren, sei das hier ergänzt. Es gibt zahlreiche Zeugnisse dafür, dass die Armee der Ukraine, bei ihren verlustreichen Kämpfen oft zum Rückzug gezwungen, die eigenen toten Soldaten einfach liegen lässt. Russische Medien berichten immer wieder davon, dass die russische Armee gefallene ukrainische Soldaten beerdigte, weil die Leichen von ihren Kameraden einfach zurückgelassen wurden. Diese Toten sind dann in der Regel namenlos. Das erklärt einen Teil der gefundenen Gräber in Isjum.»

Für manche Dinge muss man kein Hellseher sein

«Die Vorhersage bedarf keiner grossen hellseherischen Fähigkeiten, dass die ‹Ermittlungen› zu Isjum genauso wie die ‹Ermittlungen zu Butscha› im Sande verlaufen werden. Es gibt seitens des Westens überhaupt kein Interesse an unabhängiger, objektiver Aufklärung. Es gibt lediglich ein Interesse an jeglichem Material, das sich medial zu Propagandazwecken eignet. Die Ukraine liefert dieses Material ebenso bereitwillig, wie deutsche Medien bei dessen Verbreitung samt den mitgelieferten Behauptungen helfen.»

«Die Vorwürfe sind in die Welt gesetzt: Russland erschiesst und foltert Zivilisten. Mit der Weitergabe dieser Information hat der deutsche Journalismus seine Schuldigkeit getan. Ob das wahr ist oder nicht, ist gar nicht wichtig. Wichtig ist nur, dass die Bereitschaft zur Unterstützung der Ukraine durch emotionalisierende Bilder und Berichte aufrechterhalten bleibt. Das ist das Ziel.»

«Das Ziel ist nicht, mit journalistischen Mitteln einen Beitrag zur Wahrheitsfindung zu liefern. Darum geht es in Zusammenhang mit der deutschen Berichterstattung zur Ukraine schon längst nicht mehr. Sonst würde man auf all die Unstimmigkeiten in der Geschichte um die Gräber von Isjum hinweisen und sich bei der Verbreitung all des ungesicherten Materials deutlich zurückhaltender zeigen. Dass man es nicht tut, zeigt: Der deutsche Journalismus ist spätestens ab diesem Moment Teil der einseitigen Parteinahme und letztlich der medialen Flankierung beim Führen dieses Krieges auch von Deutschland aus – und damit als Journalismus faktisch tot.»

*Link: Die Gräber von Isjum und die distanzlose Erzählung der deutschen Medien ... [pressefreiheit.rtde.tech]
Quelle: https://qpress.de/2022/09/20/strategischer-rufmord-russlands-durch-die-medien/*



20. September 2022 um 10:00

Ein Artikel von: [Florian Warweg](#)

Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador, von seinen Anhängern AMLO genannt, hat anlässlich des Unabhängigkeitstages seines Landes am 16. September eine Initiative für einen Waffenstillstand und darauf folgenden Friedensschluss zwischen der Ukraine und Russland vorgestellt. Diese soll in dieser Woche vor der UN-Generalversammlung präsentiert werden. Erneut stellt sich die Frage: Wieso schaffen es lateinamerikanische Staatsoberhäupter in Fragen von Krieg und Frieden sowie Menschenrechten (Julian Assange und Guantanamo), sich stärker von den USA zu emanzipieren als ihre europäischen Kollegen? Von Florian Warweg.

«Heute, da wir stolz unsere nationale Unabhängigkeit feiern, möchte ich den Vorschlag bekanntgeben, den Marcelo Ebrard, Außenminister Mexikos, in den kommenden Tagen in der Generalversammlung der Vereinten Nationen vorlegen wird. Es geht darum, dringend ein Abkommen zu suchen, um den Krieg in der Ukraine zu beenden und einen Waffenstillstand von mindestens fünf Jahren zugunsten des Friedens zwischen allen Nationen zu erreichen, um all diese Zeit der Konfrontation mit den grossen und ernsten wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu widmen, die die Völker der Welt heimsuchen und quälen.»

Mit diesen Worten leitete Andrés Manuel López Obrador (AMLO) seine Rede zum 212. Jahrestag der Unabhängigkeit Mexikos von der spanischen Kolonialmacht ein. Weiter erklärte er:

«Politik ist das einzige Instrument, das wir haben, um Krieg zu verhindern. Interessengruppen in Machtpositionen von Regierung und Wirtschaft streben jedoch danach, die Politik in Richtung bewaffneter Konflikte zu lenken, und sobald dieser Fehler gemacht wurde, entscheiden sie sich, anstatt ihn zu korrigieren, ihn zu vertiefen, unabhängig von dem Leid, dass sie der ganzen Menschheit damit zufügen. Dies war der Grund für den Krieg Russlands in der Ukraine, die daraufhin beschlossenen Sanktionen und die massiven Waffenlieferungen an das überfallene Land – Massnahmen, die der laufenden Konfrontation eine zusätzliche Dosis Irrationalität verliehen.»

AMLO führte dann weiter aus, dass sich die Weltgemeinschaft zunächst fragen müsste, ob ein Krieg nicht vermieden werden könnte und ob die UNO und die Politiker der Grossmächte nicht in ihrer Verantwortung versagt hätten, den Dialog zwischen den Parteien zu fördern, um so die Streitpunkte mit friedlichen Mitteln beizulegen. Die Wahrheit sei aber laut ihm, dass in dieser Hinsicht nichts oder nur sehr wenig getan wurde: «Die Vereinten Nationen bleiben inaktiv und wie ausgelöscht, Opfer eines Formalismus und einer politischen Ineffizienz, die sie in einer rein ornamentalen Rolle belassen.»

Noch verwerflicher sei aber laut dem Präsidenten Mexikos «das Handeln der Grossmächte». Denn diese würden sich bei Konflikten explizit oder stillschweigend nur dann positionieren, wenn es «deren eigenen hegemonialen Interessen dient». Vor diesem Hintergrund erklärt er:

«So pervers und unglaublich dies auch erscheinen mag, man wird den Verdacht nicht los, dass dieser Krieg von den Interessen der Kriegsindustrie angespornt wird.»

Er verurteilte anschliessend «Russlands Invasion in der Ukraine» und führte aus, dass «Mexikaner keine ausländische Intervention akzeptieren, weil wir Opfer von fünf dieser grossen Katastrophen geworden sind: Eine, mit mehreren Versuchen der Rückeroberung, von Spanien; zwei aus Frankreich und zwei aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Invasionen haben uns Blut, Märtyrertum und Territorium gekostet.» Das Staatsoberhaupt verwies dann aber auf die seiner Einschätzung nach eskalierender Rolle, die die NATO-Mitgliedsstaaten in dem Konflikt einnehmen würden. Deren Massnahmen, AMLO nannte explizit die massiven Waffenlieferungen der USA und der EU-Staaten sowie die Sanktionen, hätten nur dazu gedient, den Konflikt zu verschärfen mit gravierenden Folgen für die ganze Welt:

«Mehr Leid für die Opfer, ihre Familien und Flüchtlinge, Verschärfung des Mangels an Nahrungsmitteln und Energie, Ankurbelung der globalen Inflation – alles Phänomene, die der grossen Mehrheit der Völker der Welt schaden.»

Es sei jedoch nie zu spät, einen Fehler zu korrigieren, insbesondere wenn er zu einem Angriff auf menschliche, soziale und wirtschaftliche Rechte auf der ganzen Welt geworden sei. Vor diesem skizzierten Hintergrund präsentierte er seinen Friedensplan: Mexikos Regierung schlägt darin vor, dass «anstelle der Fortsetzung dieses schmerhaften und absurd Krieges» unverzüglich ein Komitee für Dialog und Frieden gebildet wird. Als Vermittler sollen die Staatsoberhäupter Indiens und des Vatikans sowie der Generalsekretär der Vereinten Nationen agieren. Also der indische Premierminister Modi, Papst Franziskus und Generalsekretär António Guterres.

Die Friedensmission unter Leitung der genannten Vertreter soll dann unverzüglich eine Einstellung der Feindseligkeiten in der Ukraine und die Aufnahme direkter Gespräche mit dem ukrainischen Präsidenten Selensky und dem russischen Präsidenten Putin anstreben.

«Darüber hinaus sollte dieses Verhandlungs-Komitee nach unserem Vorschlag auch ein multinationales Abkommen erzielen, um einen Waffenstillstand von mindestens fünf Jahren zu vereinbaren, einstimmig angenommen im UN-Sicherheitsrat, welches auch die sofortige Aussetzung militärischer Aktionen und Provokationen sowie von Atom- und Raketentests beinhaltet. Das Abkommen würde die Verpflichtung aller Staaten begründen, Konfrontationen zu vermeiden und nicht in interne Konflikte einzugreifen», so AMLO weiter.

Abschliessend erklärte er, dass seine Regierung hoffe, dass auf diese Weise eine Atmosphäre des Friedens und der Ruhe geschaffen werden könne, die es ermöglichen wird, alle Anstrengungen der Regierungen darauf zu verwenden, die elementaren Probleme der Welt wie Armut, Gesundheit, Gewalt und Migration anzugehen. Der mexikanische Präsident schloss mit den Worten:

«Ohne Frieden wird es kein Wirtschaftswachstum geben, geschweige denn Gerechtigkeit. Regieren sollte keine Ausübung von Hegemonie oder Herrschaft sein, sondern vor allem die Suche nach Wohlergehen für die Völker; Macht ergibt nur Sinn und wird zur Tugend, wenn sie in den Dienst anderer gestellt wird. Hof-

fentlich werden wir mit dieser Initiative Erfolg haben, aber egal was passiert, es wird nie umsonst sein, für Gerechtigkeit und Frieden zu kämpfen.»

Das verkündet nicht irgendwer, das sagt der Präsident Mexikos, direkter Nachbar der USA, und das lateinamerikanische Land mit dem stärksten politischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Einfluss in der Region und weltweit.

Aufschlussreich, gerade im Vergleich zu ähnlichen Veranstaltungen in EU-Staaten, waren auch die zu dem Festakt eingeladenen Ehrengäste: John und Gabriel Shipton, der Vater und der Bruder von Julian Assange (bei der Vorstellung der Gäste betonte AMLO erneut, dass sich Mexikos Regierung weiterhin für die Freiheit von Julian Assange einsetzen wird); Evo Morales, der in einem von fast allen EU-Staaten und den USA unterstützten zivil-militärischen Putsch gestürzte ehemalige Präsident Boliviens (unvergessen, wie der damalige Regierungssprecher Steffen Seibert im November 2019 diesen Putsch als «wichtigen Schritt» bezeichnet und umgehend die Putsch-Regierung anerkannt wurde); Aleida Guevara (die in Kuba lebende Tochter des argentinischen Revolutionärs Ernesto «Che» Guevara); Pepe Mujica, der für seine Bescheidenheit und sozialen Utopien bekannte Ex-Guerillero und ehemalige Präsident von Uruguay; César Estrada Chávez, Gründer der US-amerikanischen Landarbeitergewerkschaft United Farm Workers und Initiator einer der erfolgreichsten und grössten Landarbeiter-Streiks in der Geschichte der USA.

Bereits zuvor hatte Andrés Manuel López Obrador mehrfach dem WikiLeaks-Gründer und Journalisten Julian Assange politisches Asyl und die mexikanische Staatsbürgerschaft angeboten sowie die geplante Auslieferung an die USA scharf kritisiert. Zuletzt am 4. Juli 2022, als er anlässlich des US-Nationalfeiertages die USA öffentlich aufforderte, Assange zu begnadigen, und eine symbolische Kampagne zum Abbau der Freiheitsstatue ankündigte, denn die USA seien schon längst kein Symbol für Freiheit mehr: «Ich rufe die USA auf, Assange zu begnadigen. Wenn sie das nicht machen, werden sie auf ewig beschmutzt bleiben. Und wir müssen schon jetzt mit der Kampagne beginnen, dass, wenn sie Assange in die Vereinigten Staaten bringen und dort verurteilen, wir die Kampagne starten, dass die von den Franzosen überreichte Freiheitsstatue, die in New York steht, abgebaut wird. Denn sie (die USA) sind schon längst nicht mehr Symbol der Freiheit.»

Obrador begann seine Präsidentschaft im Dezember 2018 als linker Hoffnungsträger. Viele seiner gesetzten innenpolitischen Ziele konnte er bisher nicht umsetzen, einige haben sich unter seiner Regentschaft sogar ins Gegenteil verkehrt, gerade was gewisse Bereiche der Sozialpolitik angeht. Doch davon unbenommen blieben bisher seine zweifelsohne positiven Akzente in der Aussenpolitik. Sei es die entscheidende und vermutlich sogar lebensrettende Unterstützung zur Befreiung des gewaltsam gestürzten bolivianischen Präsidenten Evo Morales aus den Klauen der Putschisten im November 2019, der Einsatz Mexikos für die Freilassung des WikiLeaks-Gründers und Journalisten Assange, eine stärkere politische Einheit Lateinamerikas gegenüber den USA oder die beschriebene jüngste Initiative für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts.

Mexiko erweckt damit eine fast 100 Jahre schlummernde Rolle als diplomatische Grossmacht zu neuem Leben. Unvergessen die Bedeutung Mexikos ab den 1930er Jahren für linke Migranten oder auch die Unterstützung der spanischen Republik gegen die Truppen Francos und die mit ihm verbündeten deutschen und italienischen Kampfverbände. Ebenso war Mexiko beispielsweise der einzige Staat (von damals 17 Mitgliedern des Völkerbundes), der am 19. März 1938 lauthals gegen den Anschluss Österreichs durch Nazi-Deutschland protestierte. Eine Rückbesinnung Mexikos auf diese Tradition als diplomatischer Player von Weltruf kann in der aktuellen Lage nur begrüßt werden.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=88255>

VERRAT AN DER NATION

Der kalte Kriegswinter 2022, Autor: Uli Gellermann, Datum: 21.09.2022

Die Inflation steigt, und es steigen die Preise. Es steigen die Nebenkosten, und es steigt die Gefahr im ukrainischen NATO-Krieg mehr zu werden als ein Waffenlieferant: Deutschland wird zum Kombattanten. Eine verantwortungslose Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen Russland auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Laut aktuellem paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9% einen neuen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Damit fallen 13,2 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze.

Rubel steigt und steigt

Die Lage wird sich weiter verschlimmern: Die deutschen Hersteller haben ihre Preise im August wegen enorm hoher Öl-, Gas- und Stromkosten überraschend und in einer nie dagewesenen Stärke angehoben. Die Erzeugerpreise stiegen um durchschnittlich 45,8% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Rubel steigt und steigt. Und es steigen auch die Gewinne der russischen Firma Gazprom – des wesentlichen Gaslieferan-

ten. Unter den von den USA gewollten und von der deutschen Regierung exekutierten Sanktionen gegen Russland leiden die Deutschen.

Begriff der Nation wurde von den Nazis missbraucht

Der Begriff der Nation ist von den Nazis unerträglich missbraucht worden. So sehr, dass er in Deutschland nur selten in positiven Zusammenhängen genutzt wird. Immerhin leistet sich das Wikipedia-Kinderlexikon eine einfache und neutrale Definition: «Eine Nation ist eine grosse Gruppe von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnt. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame kann die Sprache sein, die Geschichte, Traditionen, die Wirtschaft, die Kultur, die Religion, die Herkunft der Menschen und manches andere.»

Gemeinsam unter den Sanktionen leiden

Diese «grosse Gruppe von Menschen» leidet zur Zeit gemeinsam unter den Sanktionen, die eigentlich den Russen schaden sollten: Kleine Unternehmer gehen Pleite, Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Job, Mieter können sich ihre Nebenkosten nicht mehr leisten, Autofahrer müssen wegen der hohen Spritpreise ihre Autos stehen lassen. Das Gemeinsame all dieser Deutschen ist auch eine Regierung, die gegen das Wohl des Landes handelt.

Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro

Währenden die Zahl der deutschen Obdachlosen wächst, hat die Bundesregierung Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Darunter auch die Panzerhaubitze 2000. Was wird sein, wenn die russische Armee diese Waffe nicht mehr nur im Kampf in der Ukraine zerstört? Wenn man lieber gleich die Firma Rheinmetall, den Produzenten und Lieferanten dieser Waffe ausser Gefecht setzt? Denn Deutschland und seine Rüstungsfirmen sind längst zu Kombattanten im ukrainischen NATO-Krieg geworden.

Eine andauernde NATO-Aggression

Die russische Hyperschallrakete Avangard bewältigt die Entfernung von 2000 Kilometern (Moskau – Düsseldorf) mühelos. Sollen die Rheinmetall-Arbeiter für die NATO sterben? Denn anders als in den üblichen Medien behauptet, hatte der Krieg schon lange zuvor begonnen: Mit der Einkreisung Russlands durch NATO-Stützpunkte. Mit der einseitigen Kündigung des wichtigen IMF-Abrüstungsabkommen durch die USA. Durch den Aufbau von US-Biwaffenlaboren in der Ukraine. Durch die Drohung der Ukraine, ihren Atomwaffenverzicht rückgängig zu machen. Was die Welt zur Zeit in der Ukraine erlebt, ist die Antwort Russlands auf diese Schritte einer andauernden NATO-Aggression.

In einem Atom-Krieg verglühen?

Soll die deutsche Nation in einem denkbaren Atom-Krieg verglühen? Denn der konventionelle Krieg in der Ukraine kann sich atomar steigern. Immer noch sind auf deutschem Boden US-Atomwaffen stationiert. Diese ständige atomare Bedrohung Russlands – die Waffen lagern im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz – macht Deutschland zum strategischen Ziel in einem Krieg zwischen den USA und Russland. Doch statt der Gefahr einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland zu begegnen, heizt die Regierung Scholz-Habeck-Baerbock die Gefahr durch Waffenlieferungen und Grosssprecherei weiter an.

«Nationalkomitee Freies Deutschland»

Das letzte Mal, dass der Begriff der deutschen Nation in einem historisch progressiven Zusammenhang benutzt wurde, war bei der Gründung des «Nationalkomitee Freies Deutschland». Das Komitee wurde 1943 in Krasnogorsk von deutschen Antifaschisten gegründet. Die Gründer – «Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluss nicht für möglich gehalten hätten» – wollten Hitlers Krieg damals unbedingt beenden. Heute stehen wir vor einem neuen Krieg gegen Russland.

Verrat an deutschen Interessen

Es sind die USA, die den Ukraine-Krieg wollen und sie wollen auch, dass sich die Deutschen an ihm beteiligen; dass Deutschland in einem Krieg gegen Russland erneut besiegt würde. Wer das Land auch nur in die Nähe eines Krieges mit Russland führt, der dient einer fremden Macht; der begeht Verrat an den deutschen Interessen. Es ist an der Zeit für ein neues «Nationalkomitee». Damit ein eisiger Winter und ein heißer Krieg verhindert werden.

Quelle: <https://www.rationalgalerie.de/home/verrat-an-der-nation>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.-
250x250 mm	= CHF	6.-
300X300 mm	= CHF	12.-

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht
Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: http://shop.figu.org



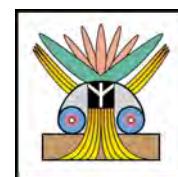
© FIGU 2022

Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter :

www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden, wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.
SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz